INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2,50 DM



Nr. 169

14. November 1991

VORWORT:

Wie den aufmerksamen LeserInnen nicht entgehen wird, hat diese Nummer zwei Schwerpunkte. Zum einen schlagen Heinz Schenk und Hoyerswerda-Kritik immer noch Wellen, zum anderen wird das Heft von Artikeln zur Flüchtlingspolitik geprägt. An aktuellen internationalen Informationen, die wir in diesem heft nicht mehr unterbringen konnten, empfehlen wir z.B. die Lektüre eines Artikels zu Jugoslawien ("Unfähig zur Einheit") in der aktuellen Ausgabe des "Kassiber".

Inhalt:

im Ordner:

- Presseerklärung d. autonomen UnterstützerInnen Norderstedt
- Erklärung d. antirassistischen Zentrums zur Räumungsdrohung
- devrimci sol gücler zur Ausländerfeindlichkeit
- Frère Sous Kolumne
- Solidarität mit d. Besetzern d. EG-Kommission in Brüssel
- Gruppe K gegründet
- Erklärung des TEDKAD-Komitees

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und Einzelbestellungen, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.
Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch
Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.
Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25 und im Kopierladen M99 in der Manteuffelstr. 99 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.



ERKLÄRUNG AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

Wir als Flüchtlinge in der TU haben des öfteren unsere Forderungen an die Verwaltung der TU und an den Berliner Senat gerichtet.

Sie haben nichts unternommen, um unsere Probleme zu lösen. Um sich in einem guten Licht zu zeigen, haben sie uns eine Etage in einem Haus angeboten, in der unmöglich gewohnt werden konnte - 60 Leute können unmöglich dort unterkommen.

Es gibt keinen Grund, unsere Forderungen nicht in die Tat umzusetzen. Wir haben keine Forderungen gestellt, die unmöglich sind. Was wir wollten, war nur eine sichere Unterkunft in einem Haus und Sicherheit dafür, daß wir in Berlin bleiben können.

Jedoch hat der Senat von Berlin unsere Forderungen als zu hoch eingeschätzt und die Univerwaltung hat uns mit der Polizei unter Druck gesetzt. Es darf nicht vergessen werden, daß wir Menschen sind, die in der TU untergebracht sind.

Wir werden solange Widerstand leisten, bis unsere Forderungen verwirklicht werden. Am Mittwoch, den 13.11.91 werden wir einen Hungerstreik für fünf Tage beginnen, und ab dem 6. Tag wird dieser Hungerstreik unbefristet fortgesetzt.

Wir rufen alle demokratisch und revolutionär denkenden Menschen auf, uns zu unterstützten.

Die Flüchtlinge in der TU

HUNGERSTREIK

Redebeitrag eines Flüchtlings aus dem antirassistischen Zentrum Berlin auf der Demo am 9.11.

Hallo Freunde!!!

Wir, die wir aus unterschiedlichen Ländern gekommen sind, leben hier alle unter den gleichen Schwierigkeiten. Geflüchtet aus unserer Heimat, deren Regierungen keine Menschenrechte kennen, in ein "Paradies" von freiheitlichen Rechten, sehen wir uns in einer furchterregenden Situation. Ein Ende der Angriffe von Neonazis und Faschisten ist nicht absehbar. An den Überfällen sind nicht nur Rassisten beteiligt.

Nein, die größte Unterstützung finden diese durch die deutsche Regierung. Im Fernsehen, in Zeitungen, und schlimmer noch, von der Polizei wird dieser Rassismus geschürt.

Ihr irrt euch, wenn Ihr glaubt, diese Angriffe richten sich allein gegen Flüchtlinge. Im Gegenteil, die deutsche Bevölkerung ist ebenso betroffen.

Unsere deutschen Freunde, denen diese Tatsache bewußt ist, haben sich mit uns Flüchtlingen solidarisiert. Dadurch, daß sie die TU besetzt haben, geben sie ein vorbildliches Beispiel.

Wir rufen alle deutschen Demokraten und Revolutionäre zur Sensibilität auf. Hier in der TU glauben wir endlich einen Ort gefunden zu haben, von wo aus wir unsere Stimme an die Öffentlichkeit richten können.

In den Flüchtlingsheimen, aus denen wir geflohen sind, gab es keine Sicherheit. Jeden Tag haben wir mit der Angst gelebt, den Tag nicht zu überleben. Wir sind aus unseren Ländern vor dem Tod geflohen. Hier haben wir erst recht keine Lust zu sterben.

Stellt Euch vor, diese Barbaren, Faschisten greifen sogar unschuldige Kinder an. Seht her: Schaut auf unsere verletzten Kinder. Ahnungslos und unwissend verstehen sie nicht, warum sie geschlagen wurden.

Diese Frage müssen wir an uns stellen. Denn die Angriffe richten sich gegen alle. Heute sind wir bedroht. Morgen werdet ihr die Zielscheibe sein. Deshalb fordern wir euch auf: Laßt uns gemeinsam Seite an Seite die rassistischen Überfälle stoppen.



Antirassistisches Zentrum
Flüchtlingskoordination

Allgemeiner StudentInnen-Ausschuß
AStA
der Technischen Universität Berlin
Organ der Verfaßten Studentinnenschaft
Marchstr. 6
1000 Berlin 10

Antirassistisches Zentrum, c/o ASTA-Villa, Marchstr. 6,
1000 Berlin 10, Tel: 31421041, FAX: 3121398

PRESSEERKLÄRUNG vom 11.11.91

Die Flüchtlinge an der TU, das Antirassistische Zentrum und der AStA der TU fordern die Unileitung auf, die Räumungsdrohung für Mittwoch, den 13.11.91 zurückzuziehen/ Flüchtlinge kündigen Hungerstreik für Mittwoch, den 13.11.91 zur Durchsetzung ihrer Forderungen an

In den heutigen Verhandlungen zwischen FLüchtlingen, Antirassistischem Zentrum , dem AStA der TU und dem Vizepräsidenten der TU, Prof. Steinmüller, wurde noch einmal deutlich, daß das TU-Präsidium nicht an einem für alle Beteiligten tragbaren Kompromiß interessiert ist. Vielmehr besteht sie auf ihrem Ultimatum, die Räume im Mathegebäude der TU bis zum 13.11.91 zu verlassen.

Dieses Vorgehen widerspricht eklatant dem von der TU geäußerten Verständnis für die Probleme der Flüchtlinge und dem versprochenen Engagement für ein Bleiberecht aller Flüchtlinge in Berlin. Darüber hinaus ist das "Angebot" der TU-Leitung, in den Räumen der ehemaligen Kita den über 60 Flüchtlingen - darunter Familien mit Kindern - "die Möglichkeit einer menschenwürdigen Unterbringung " zu geben, unglaubwürdig. Die Kita bietet weniger als 300 qm reine Grundfläche, davon sind ca. 3 qm pro Person effektiv bewohnbar. Im Gegensatz dazu stehen den Flüchtlingen im Mathegebäude momentan mehr als 600 qm zur Verfügung.

Deshalb hat das Antirassistische Zentrum in einem Kompromißangebot vom Freitag, dem 8.11.91 vorgeschlagen, die gesamte "Alte Mineralogie" , d.h. zusätzlich zu den Räumen der Kita auch die Räume im Erdgeschoß, zu nutzen. Darüber hinaus werden den GärtnerInnen, deren Sozialräume sich momentan im Erdgeschoß befinden, vom AStA Ersatzräume in den Räumen des AStA angeboten. Auch auf dieses Kompromißangebot seitens der Flüchtlinge, des Antirass. Zentrums und des AStA wurde bei den heutigen Verhandlungen nicht reagiert.

Die Flüchtlinge haben für Mittwoch, den 13.11.91, einen auf fünf Tage befristeten Hungerstreik angekündigt, weil sie sich durch das Ultimatum des TU-Präsidiums in ihrer ohnehin unsicheren Situation massiv bedroht fühlen. Sie fordern mit diesem Hungerstreik sichere Räume in ausreichender Größe für mittlerweile über 60 Menschen. Gleichzeitig wollen sie mit dem Hungerstreik ihren politischen Kampf um ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge in Berlin verstärken. Die Flüchtlinge werden den Hungerstreik ab dem 6. Tag unbefristet fortsetzen, wenn sich ihre Situation nicht entscheidend verändert. (siehe Erklärung der Flüchtlinge S. 2)

Die Flüchtlinge laden am Dienstag, den 12.11.91 zu Interviews und Einzelgesprächen ein. Um telefonische Terminabsprache über das Antirassistische Zentrum (31421041) wird gebeten.

Das Antirassistische Zentrum fordert:
Sofortige Aufenthaltsgarantien für alle nach Berlin geflohenen Flüchtlinge !
Stop der rassistischen Zwangsverteilungen !
Bleiberecht und menschenwürdige Unterbringung für alle Flüchtlinge und ImmigrantInnen !
Freie Wahl des Aufenthaltsortes !
Sofortige Gewährung von Sozialhilfe für alle !
Keine Kasernierungen von Flüchtlingen !
Keine Abschiebungen !

AStA der TU Marchstr. 6 1000 Berlin 10

AStA
der Technischen Universität Berlin
Organ der Verfaßten Studentinnenschaft
Marchstr. 6
1000 Berlin 10
Tel.:(030) 314-25683
fax: FRG-030-312 13 98

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Ihre Nachricht vom | Ihr Zeichen — | Unser Zeichen öffref | Datum 12.11.91

Betrifft: Besetzung an der TU

Als Reaktion auf die Androhung der TU-leitung, das Hausrecht gegen die im Mathegebäude lebenden Flüchtlinge zu exekutieren, haben TU-StudentInnen heute leerstehende Räume der TU besetzt. Es handelt sich um den Gebäudeteil 'Kraftfahrzeuge' auf dem Südcampus.

Die Aktion richtet sich gegen die Argumentation mit der Raumknappheit gegen die Flüchtlinge. Der AStA findet diese Aktion gut und hofft, daß auch weitere StudentInnen der TU-Leitung helfen, leerstehende und vergessene Räume wiederzufinden.

für den AStA der TU

Technische Universität Berlin · AStA · Studentinnenvertretung

Dietrich Rau, öffref

EIN HERZ FÜR MIGRANTiNNEN

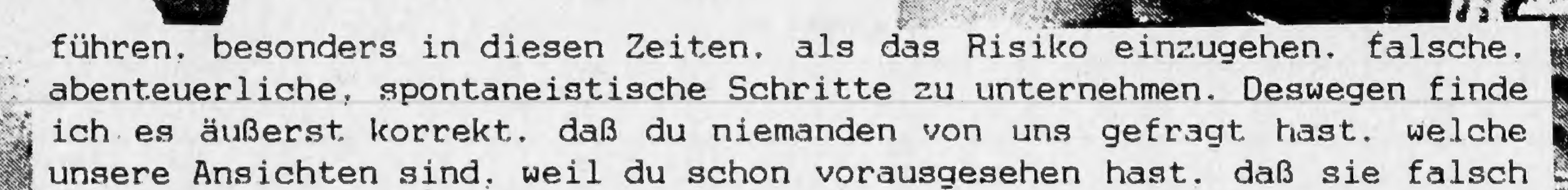
Oder: Wie schön, daß sich wenigstens manche aufrechte deutsche Autonome Gedanken über uns machen

Ich, als Migrantin, möchte hier meine Rührung zum Ausdruck bringen, Rührung, die mich von Kopf bis Fuß erfaßt hat, als ich den Artikel *"Kritik und Überlegungen zur autonomen Flüchtlingspolitik und zur TU-Besetzung"*, der in der letzten Interim erschienen ist, zu Ende gelesen habe. Ich bin mir sicher, daß hunderte, nein, tausende meinesgleichen diese Meinung teilen. Endlich jemand, der kapiert hat, wo das Problem liegt; endlich jemand, der gnadenlos alles niedermacht, was in den letzten Wochen/ Monaten/Jahren von Seiten der deutschen Autonomen unternommen worden ist, in Bezug auf Flüchtlingspolitik, rassistische Gewalt, MigrantInnen-Arbeit, Abschiebungen etc. Endlich eine umfassende Kritik, die alles umfaßt. -



Alles? Außer dem Verfasser, versteht sich! Was für eine Aufrichtigkeit muß dieser Mensch besitzen, um sich von jenem wilden Haufen so distanzieren zu können, daß wir fast denken könnten, er wäre an dem Ganzen nie beteiligt gewesen, daß seine eine Art "teilnehmende Beobachtung" sei, die sich von nichts berühren läßt. Eine Sorte Richard Löwenherz, der sich aber nie die Hände schmutzig macht, oder vielleicht doch, aber dann nur mit Tinte. Zum Glück gibt es ihn, der uns vor den falschen Ansätzen der deutschen Linken warnt, alleine wären wir nie auf die Idee gekommen, daß sie auch rassistisch sein könnten! Daß wir **auch** politische Subjekte und als solche ernst zu nehmen sind, das bringt er uns bei, aber aufpassen, hinter uns stehen Horden von Autonomen, die wie Pfadfinder uns ihre Hilfe andrehen wollen. Und vor allem uns funktionalisieren wollen. Und wir, alle arme, kleine Rotkäppchen, wir lassen uns vom bösen Wolf verführen, und wenn er sein Maul aufmacht, um uns zu fressen, dann ist es schon zu spät. Danke, unbekannter deutscher Autonomer, danke für deine Aufklärungsarbeit, stell dir vor, ohne dich hätten wir sogar daran geglaubt, an der besetzten TU unsere politische Auseinandersetzung mit Deutschen und Flüchtlingen in die Praxis umsetzen zu können, weil wir nämlich dachten, von Rassismus direkt betroffen zu sein, und was dagegen setzen zu müssen. Stell dir vor, wir haben uns eingebildet, daß ein solches Zentrum politisch notwendig sei, auch wenn es viele Widersprüche und Unklarheiten gab und gibt. Wir dachten, oh wie naiv von uns, daß

sich hier so viele positive Energien gesammelt hätten, die jetzt ein wenig Zeit brauchen, um sich entfalten zu können. Stell dir vor, ich, als *Migrantin*, hab nicht mal gemerkt, daß plötzlich die Frauenzusammensetzung an der TU-Besetzung weg war, und daß jetzt unsere Struktur nur einen typisch männlich patriarchal dominierten Stil angenommen hat. Wie blauäugig. Und wie du so gut analysieren kannst, was für Fehler wir machen, und wie belesen du bist, wieviele Zitate du auswendig kennst! Was mich ein wenig wundert, ist, daß in deinem Schreiben kein Wort über das Leben in Zentrum ist, von der alltäglichen Arbeit vieler Leute, vom Versuch, andere Strukturen (auch im Kopf!) zu schaffen, von den vielen Flüchtlingen, die sich organisieren und für sich kämpfen, von einer Praxis, die einmal über das BLABLA hinausgeht. Aber ich denke, daß du so was nicht ernst nehmen kannst, und mit Recht, weil im Endeffekt sowohl die Flüchtlinge wie auch die UnterstützerInnen nicht genau wissen, was sie dort wollen, und es ist viel wichtiger, politische Diskussionen zu



führen, besonders in diesen Zeiten, als das Risiko einzugehen, falsche, abenteuerliche, spontaneistische Schritte zu unternehmen. Deswegen finde ich es äußerst korrekt, daß du niemanden von uns gefragt hast, welche unsere Ansichten sind, weil du schon vorausgesehen hast, daß sie falsch waren. Ich finde es toll von dir, daß du alles so destruktiv kritisierst und so viele polemische Fragen stellst. Auch sehr geschickt von dir, keine Antworten darauf zu geben. Ich bin mir sicher, du hättest mehrere parat, aber es ist so verdammt wichtig, daß wir selbst endlich mal auch zu denken aufgefordert werden. Und bitte, sei uns nicht böse, setz dich weiter mit uns auseinander, vielleicht werden wir früher oder später auch so schlau und aufrecht wie du.

p.s. Ich habe vergessen, lieber deutscher unbekannter Autonomer, dich ins Zentrum einzuladen. Ich glaube, deine Präsenz wäre notwendig, um andre blauäugige Rotkäppchen / ImmigrantInnen vor dem Maul der bösen Wölfe zu retten. Bitte komm vorbei, vielleicht könntest du die Lage noch retten! Habe vielen Dank und sei herzlich gegrüßt!

Kurzinformation zur Waterloo-Aktion

Die Widersprüche, die von Flüchlingen gegen ihre Zwangsverteilung in die neuen Bundesländer einglegt wurden, erzielen keine aufschiebende Wirkung mehr. Die Flüchtlinge werden gegen ihren Willen z.T. mit Bullenwannen in die neuen Bundesländer verschubt. Obwohl damit der ursprüngliche Sinn der Aktion, die zeitliche Hinauszögerung der Zwangsverteilung, vorerst nicht mehr gegeben ist, erachten wir es weiterhin für sinnvoll, am Waterloo-Ufer present zu sein. Um den Flüchtlingen wenigstens Adressen von Beratungsstellen geben zu können und weiterhin mitzukriegen was für Schweinereien bei der Bullenbehörde tagtäglich stattfinden und dagegen Widerstand zu leisten, ist es wichtig jeden Tag anwesend zu sein.

Vorbereitungstreffen montags 19 Uhr im Asta FU
Es werden dringend noch Leute gesucht, die mitmachen!!!

Ausführliches Paper über die Waterloo-Aktion folgt in der nächsten Interim!

HOYERSWERDA – BERLIN

"Dahlem": Versuch einer selbstkritischen Aufarbeitung

Vorbemerkung:
Wir verstehen dieses paper als einen Diskussionsbeitrag zur selbstkritischen Aufarbeitung des autonomen Eingreifens nach dem Hoyerswerda-Pogrom. Wir beschränken uns auf den Kampf mit den Flüchtlingen aus Hoyerswerda um ihr Bleiberecht in Berlin, an dem sich ein Teil von uns (einer Gruppe weißer autonomer Frauen und Männer) in der UnterstützerInnengruppe beteiligt hat.
Sinn und Zweck einer solchen Aufarbeitung liegt für uns in einer breiteren Verständigung und Diskussion über die politische Bestimmung von autonomer antirassistischer und internationalistischer Praxis.

Es ist für uns eine positive Erfahrung, daß es in der jüngeren Vergangenheit und insbesondere nach Hoyerswerda zu einer spontanen Zusammenarbeit auch über politische Gräben in der Scene hinweg gekommen ist und daß Diskussionen und Zusammenarbeit beispielsweise in der "Dahlem"-UnterstützerInnengruppe geprägt waren von großer Offenheit und dem Bemühen, in einer politischen Situation, an der vieles für uns alle neu ist, gemeinsam eine angemessene Praxis zu entwickeln. Faktisch sahen wir uns oft genug mit grundsätzlicheren Problemen konfrontiert (wie etwa im Bemühen um ein nicht-rassistisches, nicht-hierarchisches Verhältnis zu den Flüchtlingen), wo klar wurde, daß niemand mal eben so die passende Lösung in der Tasche stecken hatte, mehr noch, wo wir alle uns immer mal wieder in unserem politischen Handeln ein gutes Stück verunsichert fühlten.

Der permanente Handlungsdruck hatte in der Situation einen genaueren Umgang mit aufgebrochenen Differenzen (gerade zwischen Weißen und ImmigrantInnen), unseren Zweifeln und Unsicherheiten allerdings kaum möglich gemacht. Auch die Diskussionen mit denen aus unseren Zusammenhängen, die nicht selbst in gleichen Projekt drinne steckten, kam zeitweise (fast) zum Erliegen, sodaß wir streckenweise ziemlich im eigenen Saft schmorten.

An dem Punkt, als das nächste Projekt (TU-Besetzung) ohne vorheriger Diskussion der "Dahlem"-Erfahrungen folgen sollte, kamen wir, die wir dieses paper schreiben, nicht mehr umhin, jene kleineren und größeren Verunsicherungen und 'Bauchschmerzen' zum Ausgangspunkt unserer Diskussionen zu nehmen, annehmend, daß sie Widersprüche, Ungereimtheiten, Beschränktheiten der politischen Bestimmung unseres Antirassismus markieren.

Im Folgenden verwenden wir die Begriffe Weiß/WeißeR, Schwarz/SchwarzeR als politische Begriffe wie sie von Schwarzen geprägt worden sind: Schwarz für all die, die weißem Rassismus ausgesetzt sind, unabhängig von der Hautfarbe.

1) Zum Verhältnis weiße Autonome - ImmigrantInnen(gruppen)

Wenn wir rückblickend die Entwicklung der UnterstützerInnengruppe für die Flüchtlinge aus Hoyerswerda betrachten, können wir eigentlich nicht einmal sagen, daß klar gewesen wäre, daß die Unterstützung der Flüchtlinge aus Hoyerswerda von Autonomen und ImmigrantInnen(gruppen) gemeinsam organisiert werden sollte.
Faktisch lief es so, daß sich nach dem Konvoi verschiedene weiße, autonome Zusammenhänge zusammentaten, die zunächst unter wechselnden Namen, nach ein paar Tagen dann mit der festen Bezeichnung 'Koordination Berliner autonomer Flüchtlingsgruppen' auftraten.
Schon bei der ersten Pressekonferenz, war es so, daß diese beschlossen und inhaltlich geklärt war, und dann ImmigrantInnen dazu eingeladen wurden. Und überhaupt erst am Wochende kam es zu Plena, auf denen mit ImmigrantInnen(gruppen) diskutiert wurde und selbst da bedurfte es ihrer wiederholter Einforderung, in-

haltlich in die Diskussion einbezogen und nicht dadurch übergangen zu werden, daß ihnen Dinge, die uns Weißen schon aus Treffen davor bekannt waren, nicht offengelegt werden.

Im Grunde hatte die ursprünglich rein weiße Koordination zwar ImmigrantInnen(gruppen) zur Zusammenarbeit eingeladen, die politische Konzeption der Unterstützungstrategie war jedoch davor schon klargemacht worden, so daß faktisch den ImmigrantInnen(gruppen) lediglich noch Rollen zugewiesen, bestenfalls aber die Mitausgestaltung des Konzeption zugestanden wurde. Obwohl mindestens von einer ImmigrantInnen(gruppe) sogar explizit gefordert, waren wir mit Verweis auf den Handlungsdruck und sicherlich auch aus dem Dünkel heraus, daß unsere Vorgehensweise nicht nur der autonomen Weißheit, sondern aller Weisheit letzter Schluß ist, nicht bereit, gemeinsam mit ihnen unsere Konzeption grundsätzlich hinterfragend zu diskutieren bzw. gemeinsam mit ihnen eine Vorgehensweise zu entwickeln.
Im Nachhinein denken wir, daß es angesichts solcher Ausgrenzung eigentlich verwunderlich ist, daß einige ImmigrantInnen kurzzeitig und einzelne gar bis zum Schluß verbindlich in der "Dahlem"-UnterstützerInnengruppe mitgearbeitet haben.

Es war nicht so gewesen, daß uns in diesem Prozeß selbst nix aufgefallen wäre, dazu waren die Kritiken der ImmigrantInnen zu laut.
Zum einen war es sicher so, daß ab einem gewissen Punkt, das, was wir als Unterstützungsarbeit angeschoben hatten, eine eigene Dynamik (Handlungsdruck, Zugzwang, Hektik...) entwickelt hatte, die uns selbst so eingebunden hatte, daß wir nicht mehr ausreichend Zeit, power, Klarheit etc. fanden, mit der Kritik mehr als nur vordergründig umzugehen.
Zum andern und grundsätzlicheren war da aber das, was wir im Kopf nicht als praktische Konsequenz aus unserer theoretischen Auseinandersetzung mit Rassismus klargekriegt hatten: beispielsweise wie wir als weiße Autonome, also mit ner bestimmten politischen Positionsbestimmung, damit umgehen, wenn wir mit ImmigrantInnen zusammenkommen, die erstens auch untereinander verschiedene Positionen haben, und zweitens Kritik an unseren Positionen haben. Simpel gefragt: sehen wir die Situation so, daß sich hier Leute mit verschiedenen Meinungen gegenübersitzen, von denen nebenbei die einen zufällig Weiße, die anderen zufällig Schwarze sind, und sagen dann das, was wir in anderen Konstellationen auch sagen würden: 'wenn wir da nicht einer Meinung sind, können wir halt nix zusammen machen', oder so.
Oder sehen wir die Situation so, daß es zwischen Weiß und Schwarz erst mal eine gewaltige Differenz gibt, nämlich die, daß wir als Weiße Teil der herrschenden Seite und sie als Schwarze Teil der unterdrückten Seite des rassistischen Verhältnisses sind, und daß dann noch dazu kommt, daß wir erstmal nicht einer Meinung sind. Wenn wir die Situation so sähen, dann würden wir wohl mal besser genauer hinhören, genauer nachfragen, genauer diskutieren, weil ja vielleicht letzten Endes dabei rauskommt, daß die Verschiedenheit unserer Meinungen mit unserer jeweiligen Position im rassistischen Herrschaftsverhältnis zu tun hat.

Um das Konkrete auf den allgemeinere Punkt zu bringen: Ausgangspunkt allen Bemühens um eine antirassistische Praxis muß u. M. n. ein Verständnis sein, das Rassismus - ebenso wie das Kapital und das Patriarchat - als gesellschaftliches Verhältnis begreift, das die metropolitane Gesellschaft konstituiert und daß uns als Weißen deshalb Rassismus ebensowenig äußerlich ist, wie (uns als) Männern das Patriarchat, daß wir vielmehr Bestandteil der herrschenden Seite dieses Verhältnisses sind. Folglich sind unsere Identität, unser Denken und Fühlen, und somit auch unsere Praxis/Politik zunächst mal weiße Praxis/Politik. (Als) Männer werden (wir) seit ettlichen Jahren von Frauen darauf gestoßen, daß linke/autonome Politik, Ausdruck der gesellschaftlichen Hegemonie und Herrschaft der Männer ist, - und daß Politik von Frauen sich auch zwangsläufig gegen Männer richtet. In der BRD hatten wir es bisher relativ leicht, uns der Erfahrung zu entziehen, daß auch schwarze Politik sich in ähnlicher Weise gegen uns richtet.

Es sei hier nur auf die zuerst in den USA aufgebrochene Auseinandersetzung zwischen Schwarzen uns Weißen Feministinnen hingewiesen, in denen die vermeintlich antirassistische Position der Weißen Feministinnen von Schwarzen angegriffen wird.

Antirassistische Politik, die nicht die rassistische Ausgrenzung angreift, die sich nicht auf MigrantInnen in dem Sinne bezieht, daß wir mit ihnen die Auseinandersetzung und Konfrontation verbunden mit der radikalen Bereitschaft zur Infragestellung unserer Selbstverständlichkeiten suchen, bleibt weiße, linke Politik und als Antirassismus vielleicht ein gutgemeinter Versuch, letztlich aber eine Farce.

Angesichts der Tatsache, daß sich mehrmals in den Diskussionen zwischen weißen Autonomen und ImmigrantInnen gezeigt hat, daß bisher kaum mal die Basis da ist, sich einander politisch überhaupt verständlich zu machen, müssen wir uns wohl eingestehen, daß das, was wir an Kontakten, Austausch, Auseinandersetzungen in der Vergangenheit nicht gesucht haben, unter Aktionsdruck allemal nicht nachzuholen ist. Wir finden, daß sich das in den Vordiskussionen zur TU-Besetzung allzudeutlich gezeigt hat und auch da wieder ignoriert worden ist.
Wenn wir nicht dieselben Fehler andauernd wiederholen wollen, bis schließlich für alle MigrantInnen das Thema Zusammenarbeit mit weißen Autonomen restlos abgegessen ist, sollten wir da mal was genauer klarkriegen und dann entsprechend was in die Wege leiten.

2) Zum Verhältnis Flüchtlinge - UnterstützerInnengruppe

Als die Flüchtlinge aus Hoyerswerda nach Berlin kamen, sahen wir uns mit der Situation konfrontiert, daß sie - der hiesigen Sprache nicht mächtig, mit den Verhältnissen hier nicht vertraut, durch ihre Flucht aus Hoyerswerda (bzw. den neuen Orten ihrer Unterbringung) obdachlos, ohne Soziknete und quasi illegal - uns als Hilfesuchende gegenübertraten und wir die Möglichkeit hatten, Hilfe (Unterkunft, Verpflegung, Unterstützung für ihre Forderungen etc.) zu organisieren.
Um dieses Abhängigkeitsverhältnis in Richtung auf einen eigenständigen, von uns zu unterstützenden Kampf der Flüchtlinge für ihre Forderungen aufzuknacken, wurde nach dem öffentlichkeitswirksamen und sicherem "Raum" (Kirchengebäude wegen Kirchenasyl) gesucht, in dem die Flüchtlinge als Gruppe sowohl gemeinsam wohnen als auch sich öffentlich artikulieren können.
Letztlich kam dabei - und erst nach einer Besetzung der Passionskirche durch einen breiteren Kreis von UnterstützerInnen - nur das ungünstig gelegene Haus in Dahlem raus.
Die Vorbereitungen, diesen "Raum" klarzumachen, geschahen unter erheblichem Zeitdruck: zum einen, weil nach den ersten Kontaktaufnahmen mit kirchlichen Kreisen diese sich dagegen formierten, daß ihre Räume genutzt werden, um mit den Flüchtlingen offensiv in die Öffentlichkeit zu gehen; zum anderen, weil wir der Meinung waren, die Flüchtlinge müßten möglichst schnell einen öffentlichen Druck entfalten, bevor die durch Hoyerswerda ausgelöste Betroffenheit in der Öffentlichkeit anderen Themen Platz macht. Die Beschränktheit der Unterbringungsmöglichkeiten in unseren eigenen Strukturen wurde ebenfalls als Argument für schnelles Handeln angeführt, obwohl z.T. angebotene Unterbringungsmöglichkeiten gar nicht ernsthaft in Erwägung gezogen worden sind.

Während wir also uns eilten, für die Flüchtlinge möglichst schnell Bedingungen zu schaffen, damit sie selbst Druck für ihre Forderungen ausüben können und auch selbst bestimmen zu können, inwieweit sie auf unsere Unterstützung zurückgreifen wollen, entwickelten wir entgegen unseres Anspruches der Unterstüzung eines eigenständigen Kampfes der Flüchtlinge eine Praxis des Lobbyismus für die Flüchtlinge:

wir hatten von vornherein klar, was die Flüchtlinge tun müßten, um in Berlin bleiben zu können und hatten die Kirchenschiene schon angeleiert (und uns damit unter Zugzwang gesetzt) noch bevor wir ein Plenum der 3 Flüchtlingsgruppen aus Hoyerswerda organisiert hatten, auf dem sie miteinander drüber diskutieren könnten, was sie weiter machen wollen. Während der eine Teil der UnterstützerInnengruppe noch dabei war, den Flüchtlingen die Handlungsalternativen, die wir sahen, auseinanderzusetzten, stritt sich der andere schon drüber, ob wir, wenn die Flüchtlinge hier bleiben und für ihr Bleiberecht kämpfen wollen, ihnen vorschlagen sollten, mit ihnen schon morgen oder besser erst in 2-3 Tagen in den "Raum" zu gehen.

So war es von Anfang an und so blieb es: wir traten den Flüchtlingen gegenüber im Grunde genommen als diejenigen auf, die die materielle Versorgung sicherstellen, sich nen Kopf über die politische Strategie und Taktik machen, sich konkrete Aktionen etc. überlegen und dann präsentieren.
Delegiertentreffen und Haustreffen der Flüchtlinge waren in erster Linie Strukturen, die dazu dienten, die Ergebnisse unserer Diskussionen den Flüchtlingen zu vermitteln und sie nach ihrer Meinung zu befragen.

Sicher, wir waren sehr darauf bedacht, die Flüchtlinge nicht mit unseren Vorschlägen zu überrollen, wir führten stundenlange hitzige Diskussionen über unsere Rolle und die daraus erwachsende Verantwortlichkeit gegenüber den Flüchtlingen, wir achteten darauf, sie in der Öffentlichkeit möglichst viel selbst zu Wort kommen zu lassen, statt für sie zu sprechen.
Und dennoch: insgesamt gesehen traten wir ihnen gegenüber als die auf, die sich rundum um ihr Wohl kümmern und die ihre Interessen authentischer vertreten als die Kirche, indem wir uns bedingungslos hinter ihre Forderungen stellten, während die Kirche die längste Zeit darauf hinarbeitete, jene Flüchtlinge, die ihren Erstantrag in Westdeutschland gestellt hatten, dorthin zu schicken.

Und vielleicht gefielen wir uns trotz Dauerstreß nicht schlecht in dieser Rolle. Ungeachtet der (bezeichnenderweise oft zu unserer Verwunderung) von den Flüchtlingen in diversen Bereichen ergriffenen Initiativen und der Selbstverständlichkeit, mit der sie viele Sachen in ihre Hände genommen hatten, schafften wir es auch in Dahlem, als der ärgste Zeitdruck weggenommen war, uns müde zu rödeln, indem wir meinten, viel zu viel selbst organisieren zu müssen. Es hatte z.B. wohl 2 Wochen gedauert, bis uns überhaupt aufgefallen ist, daß wir es noch nicht mal in Erwägung gezogen hatten, den Schutz des Hauses zusammen mit den Flüchtlingen zu organisieren. Aufgefallen ist es auch erst als wir Mühe hatten, genügend Leute für den Schutz zu finden.

Im Nachhinein fragen wir uns deshalb: haben wir somit nicht auf der politischen Ebene ein Verhältnis zu den Flüchtlingen hergestellt und institutionalisiert, das ganz klar paternalistisch ist (und das bestenfalls auf der Ebene persönlicher Kontakte durchbrochen wurde)? Haben wir uns als weiße Autonome insofern auf Kosten einer Entmündigung oder Vereinnahmung der Flüchtlinge politisch profiliert? Und haben wir als Weiße insofern nicht strukturell das allgemeine rassistische Herrschaftverhältnis von Weißen über Schwarzen in einer bestenfalls etwas 'aufgeklärteren' Variante reproduziert?

Selbst, wenn mensch den Einwand gelten ließe, daß aufgrund der krass ungleichen Ausgangssituation zwischen den Flüchtlingen und uns sowie der 'Notwendigkeit schnellen und effektiven Handelns', in einer solchen Situation ein grundsätzlich anderes Verhältnis kaum denkbar wäre, meinen wir, daß dann trotzdem eins nicht vom Tisch zu wischen ist:
daß wir als Weiße in einer solchen Situation ein 'antirassistisches Betätigungsfeld' haben, in dem wir keine große Angst zu haben brauchen, uns der Auseinandersetzung mit unserem Weißsein stellen zu müssen. Wie es eine Immmi-

grantin uns Weißen in der Koordination einmal auf den Kopf zu sagte: "Die Flüchtlinge werden euren Rassismus nicht kritisieren!"

3)

Die Flüchtlinge aus Hoyerswerda kamen in einer Situation nach Berlin, in der gegen die aktuelle, massive Welle rassistischer Angriffe auf Flüchtlinge und ImmigrantInnen auch von einer 'humanistisch-liberalen Öffentlichkeit' noch kaum etwas entgegengesetzt wurde. Wir waren entsetzt über die in diesen Ausmaßen von uns noch nicht erlebte rassistische Formierung der Gesellschaft.
In diesem Kontext verstanden wir die Unterstützung der Flüchtlinge gleichermaßen als konkrete wie als exemplarische Aktion. Exemplarisch insofern, als wir über die Unterstützung der Flüchtlinge hinaus unsere allgemeinen Forderungen nach 'Bleiberecht und offene Grenzen für alle', 'Freizügigkeit' etc. in die Öffentlichkeit bringen wollten, um so die rassistische Formierung anzugreifen.

Das Zugehen auf die Kirche beinhaltete in dieser Situation 2 Aspekte: erstens die Forderung nach Gewährung von Kirchenasyl und damit der Möglichkeit für die Flüchtlinge, ihre Forderungen aus halbwegs sicherem Raum öffentlich zu machen, sowie ihre Erfahrungen in der BRD den interessierten Medien zugänglich zu machen; zweitens: angesichts unserer gesellschaftlichen Marginalität als Autonome die Kirche mit ihrem humanistischen Anspruch zu konfrontieren, um so Druck auf sie auszuüben, sich zu den rassistischen Angriffen zu verhalten und öffentlich für das Bleiberecht der Flüchtlinge aus Hoyerswerda einzutreten.
Damit hatten wir uns in das Dilemma begeben, faktisch auf eine in diesem Punkt 'kritische' Rolle der Kirche in der Gesellschaft zu setzen und ihr damit Gelegenheit zu geben, sich als 'gesellschaftliches Gewissen' zu profilieren, womit gleichzeitig aber die (öffentliche) Auseinandersetzung um die Rolle der Kirche im rassistischen gesellschaftlichen Verhältnis weit in den Hintergrund treten mußte: Beschränkung auf 'Nächstenliebe' und 'Hilfe' nur in einzelnen Fällen besonderer Härte für konkrete Einzelschicksale bis zu ihren karitativen Spendensammlungen für die 'Hungernden der 3. Welt', die das Bild der Überlegenheit des christlichen Abendlandes gegenüber den 'hilflosen, konturlosen und nur Mitleid erregenden Hungeropfern' zementiert, ... - (Das Dilemma zw. linksradikaler Analyse u. Suche nach gesellschaftlicher Unterstützung aus Gründen eigener Marginalität ist ja nicht neu, aber um so krasser, je weniger as um abstrakte Forderungen als um konkrete Menschen geht - erinnert sei etwa an die Diskussionen um die Hungerstreik-Solidarität).

Stattdessen äußerte sich der politische Konflikt mit der Kirche nur noch auf einer fast entpolitisierten, pragmatischen und im übrigen der Öffentlichkeit kaum mehr zugänglichen Ebene als alltäglicher Kleinkrieg mit dem 'AK Asyl in der Kirche', Gemeindepfarrern, Kirchenleitung etc. um die Aufnahmebedingungen für die Flüchtlinge in Dahlem (Anzahl, Forderung nach Distanzierung der Flüchtlinge von den autonomen UnterstützerInnen), um die Unterstützung der Bleiberechtsforderung nur für diejenigen Flüchtlinge, die ihren Erstantrag in Berlin oder Sachsen gestellt hatten, etc. ....

Die ganze Problematik, die wir uns mit diesem Dilemma eingehandelt hatten, trat verschärft zu Tage, als die 'humanistisch-liberale Öffentlichkeit' sich selbst politisch in Szene zu setzen begann, als sich christliche und liberale humanistische Toleranz willig verband mit ökonomisch-staatlichem Kalkül ('Nützlichkeit der Ausländer für die Wirtschaft', 'Ansehen der BRD als Exportland im Ausland') und weißer metropolitaner 'Weltoffenheit' ('Ausländer als kulturelle Bereicherung').
Damit sind wir nicht umgegangen, nicht zuletzt auch deshalb, weil wir die Konfrontationslinie eingeschränkt gegen das Zusammenspiel von staatlicher rassisti-

scher Politik (Asyldebatte etc.) und rassistisch-faschistischen Angriffen 'von unten' bestimmt hatten.
Indem wir nicht in Konfrontation zu dieser humanistisch-ökonomistisch-multikulturellen Variante rassistischer Formierung gegangen sind, blieben unsere Forderungen nach 'Bleiberecht und offene Grenzen für alle' etc. abstrakte Anhängsel unserer konkreten Unterstützung für die Forderungen der Flüchtlinge.

Die Forderungen der Flüchtlinge wurden so in der Öffentlichkeit mit der großherzigen Geste aufgegriffen, dieser Gruppe nach ihrem Leid in Hoyerswerda das Bleiben in Berlin zu ermöglichen, ohne dabei aber die Zwangsverteilung, die Konzentrierung von Flüchtlingen in Sammellagern etc. in Frage zu stellen.
In diese Richtung ging schließlich auch die 'politische Lösung' des Konflikts um die Flüchtlinge aus Hoyerswerda: Bleiberecht in Berlin unter Anrechnung auf die Quote als humanitäre Geste für den Einzelfall.

Wir haben einzelne Punkte, an denen Differenzen zwischen Anspruch autonomer antirassistischer Politik und unserer Praxis klaffen, zu benennen versucht, Punkte die z.T. Ähnlichkeiten mit den Erfahrungen anderer UnterstützerInnengruppen (Schwalbach, Tübingen) aufweisen.
Im Papier "Kritik und Überlegungen zur autonomen Flüchtlingspolitik..." in der letzten Interim wurde bereits auf viel allgemeinere Weise autonome antirassistische Politik hinterfragt. Von einem ähnlichen Ansatz ausgehend haben wir, als Beteiligte in der "Dahlem"-UnterstützerInnengruppe es jedoch als wichtig empfunden, gerade die subjektiven Erfahrungen und eigenen Fehler innerhalb der Praxis aufzuarbeiten und auch darin selbst uns als Weiße als Teil des rassistischen Verhältnisses zu begreifen, weil ansonsten Arbeit mit antirassistischem Anspruch sehr schnell Gefahr läuft, der Selbstbefriedigung weißer autonomer Identität zu dienen.

wawuwo



GREIFSWALD – NORDERSTEDT

PRESSEERKLÄRUNG DER FLÜCHTLINGE VOM 8.11.91

Wir sind die Flüchtlinge, die nach Greifswald in ein ehemaliges NVA Krankenhaus in der EX-DDR gehen mußten, nach 45 Tagen des Widerstandes in der Anschar-Kirche in Neumünster. Am Anfang (12.9.91) entschieden wir , einige Flüchtlinge, uns die Flüchtlingspolitik, die menschliches Leben mißachtet, indem sie Flüchtlinge in Massen in ein Massaker schickt zu stoppen.Und wir sagten "Keine Abschiebung in die Ex-DDR". Dies war die Parole, unserer Botschaft, die wir versucht haben an die Menschen weiterzutragen, nämlich die Gefahr des drohenden Faschismus in der Ex-DDR. Unser Widerstand erreichte die, die in der ExDDR geschlagen,angegriffen und gejagt wurden, so daß sie in unserem Kampf schutz suchten und sich uns später in der AnscharKirche anschlossen. Denn unser Kampf bedeutet Leben zu schützen, vor den rassitischen blutigen Händen des wachsenden Faschismus, der besonders intensiv in der Ex-DDR ist, der beabsichtigt alle Flüchtlinge aus Deutschland zuvertreiben.
Die gut organisierte Abschiebungspolitik der Regierung, mußte durch unseren Widertsand eine Pause einlegen. Viele Menschen konnten sich nicht vorstellen, daß solche Menschen, die das schwächste Glied in der gesellschaftlichen Kette sind, eine eigene Meinung bilden, sich ihre eigenen Rechte nehmen und der Ungerechtigkeit widerstehen. Aber die Regierung erkannte die Tatsache, daß die Flüchtlinge es wagen "STOP" zu sagen. Deshalb behandelte die Regierung diesen Widerstand sehr ernst und sie fingen an ungerechte Strategien und Taktiken gegen Flüchtlinge, die ungeschützt sind, anzuwenden. Denn jede Veränderung unserer Meinung würde ein Rückschritt bedeuten oder eine Veränderung in der Abschiebepolitik der Regierung. So,das sie die Schuld auf die UnterstützerInnen, die AntifaschistInnen sind, schieben.Sie versuchen den Eindruck in der Öffentlichkeit zu erwecken, daß die Flüchtlinge nur das Instrument von extremistisch politischen Gruppen sind.Sie wußten, daß sie der Presse und die Medien leicht benutzen können, und sie taten es. Mit Hilfe der Medien zeichneten sie ein Bild vom geistig armen, schwachen, unnützen Charakter der Flüchtlinge.
Wir sind die Flüchtlinge, die der Gewalt der Neo-Nazis ins Gesicht sehen müssen,die das Subjekt/Ziel der faschistischen Angriffe sind. Wir wurden berdoht: ausgewiesen zu werden, gejagt zu werden, geschlagen zu werden und sogar getötet zu werden, von Faschisten,Unmenschen. Und natürlich haben wir Flüchtlinge kein anderes Recht, als Wasser zu trinken und Luft zu atmen, aber nicht die Luft der Freiheit, so daß wir nach Hilfe bei Antifaschisten und Humanisten fragten. Dies ist eine Angelegenheit von Menschlichkeit,aber wenn die Regierung Politik macht,kann man sich nicht nur durch "Guten Willen " verteidigen. Deshalb unterstützen sie uns voll, weil politische Hilfe gleichzeitig auch menschliche Hilfe für die Mernschen ist, deren Leben in Gefahr ist, im Falle einer Abschiebung in die EX-DDR
Bevor es nach Greifswald ging, erklärten wir Flüchtline am 20.Oktober, daß wir gezwungen worden sind uns in Gefahr zu begeben und wir erklärten auch,daß wir nicht glücklich mit dieser Entscheidung sind. Denn wir wußten,daß in der EX-DDR jede Stadt ein Beispiel für Hoyerswerda sein konnte, eine Tragödie verursacht durch die Politik der Regierung.

Wir wollten kein weiteres Beispiel dieser Tragödie werden und auch kein Instrument der Regierung. Und in dieser Erklärung sagten wir auch, daß wenn wir nach Greifswald gehen müssen, der Widerstand und der Kampf noch nicht beendet ist. So fragten wir die Humanisten und alle Demokraten und Antifaschisten uns später zu unterstützen. Innerhalb einer Woche in Greifswald, bekamen wir ein weiteres Beispiel dieser Tragödie zu spüren. Wir wurden angegriffen von Faschisten(sie sagten Hooligans), die Steine warfen, scharfe Waffen auf uns richteten , wir wurden von einem blutrünstigen Mob von über hundert Leuten gejagt, der mit seinen Waffen auf uns feuerte.Wir verteidigten unsere Kinder mit unseren Körpern, indem wir uns schützend vor sie stellten. Nun wissen es alle
Die Regierung und ihre HelferInnen sind jetzt in einer sehr schwierigen Position.
Wir müssen der Regierung nichts beweisen, denn der Prozeß unseres Handelns ist das natürliche Ergebnis einer verfehlten Abschiebepolitik der Regierung. Darum attackierten die Regierung jetzt unsere UnterstützerInnen, die uns dadurch, daß sie uns nach Schleswig-Holstein zurück brachten, das Leben retteten. Nach dem Angriff sendeten wir Hilferufe nach Schleswig-Holstein. Die Anschar-Gemeinde verwehrte uns ihre Hilfe; andere UnterstützerInnen jedoch antworteten auf unsere Hilfegesuche. Sie kamen mit vielen Leuten und brachten uns mit einem Autokonvoi in Sicherheit. Greifswald war ein Risiko für unser Leben und wir klagen die Ungerechtigkeit von Greifswald an.
Wir sind keine Versuchsobjekte für irgendwelche Experimente, sondern Menschen.
Nun in Norderstedt erheben wir einmal mehr unsere Stimmee die Abschiebepolitik zu stoppen und wir rufen euch dazu auf, uns eure volle Unterstützung und Solidarität zu geben und diese Ungerechtigkeit zu stoppen.

Engholm erwägt Sanktionen gegen die türkische Regierung

Paris (dpa) — SPD-Parteichef Björn Engholm hat sich gegen die Einwanderung von Türken in die Bundesrepublik ausgesprochen. Es gehe nicht an, daß der „drittgrößte Einwanderungsstrom" aus einem Land komme, das der Nato angehöre und mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) assoziiert sei, sagte Engholm zum Auftakt eines Frankreich-Besuchs gestern in Paris. Er wünsche sich eine deutsch-französische Initiative nach dem Motto: „Das lassen wir noch ein Jahr laufen, dann ist Schluß". Notfalls müsse es Sanktionen gegen die Türkei geben.

Engholm bekräftigte, daß die SPD am Recht auf politisches Asyl nicht rütteln wolle. Es müsse jedoch nach politischen Flüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden werden. Nachdem sich die EG nicht auf eine gemeinsame Asylpolitik habe einigen können, müsse es zumindest eine europäische Einwanderungspolitik geben. Unter den Aufnahmeländern sei eine „Verteilungsgerechtigkeit" anzustreben.

Auf scharfe Kritik der Grünen stieß Engholms Aussage in Bonn. Der SPD-Vorsitzende „begibt sich immer mehr auf das Niveau des Stammtisches", erklärte Grünen-Vorstandsmitglied Angelika Beer. Er möge sich erst ein Bild von den Menschenrechtsverletzungen im Nato-Land Türkei machen, „bevor er sich aus dem Fenster hängt".

▶ **„Eines Tages werden wir frei sein"**. Materialien zu und aus dem republikanischen Widerstand in Irland. Oktober 1991, ca. 80 Seiten, viele Photos. Broschüre zu beziehen über die bekannten Info-Läden oder direkt über: Nordirland-Gruppe, c/o Buchladen Jos Fritz, Wilhelmstr. 15, 7800 Freiburg. 5 DM pro Broschüre und Porto. 3.50 DM pro Broschüre plus Porto bei Bestellungen ab 5 Exemplaren. Aus dem Inhalt: Interviews mit Menschen aus dem irisch-republikanischen Widerstand (mit Des Wilson, Larry Marley und Bernadette McAleskey und mit einer/m Sprecher/in der IRA). Außerdem Geschichte der Knastkämpfe in Nordirland und die heutige Situation der irischen politischen Gefangenen im britisch-besetzten Irland, in der BRD und anderen europäischen Ländern.

▶ **Nicht länger geheim: Das Schengener Abkommen** in der letztendlich verabschiedeten Fassung (vollst. Text): 5 DM + 1,50 P & V, bei STRASSENMEDIZIN c/o BUU, Hohenesch 63, 2 Hamburg 50

▶ **Knast Weiterstadt,** Die Bunte Hilfe plant eine 3. neue und erweiterte Auflage der Broschüre „Die neuen High-Tech-KZs, Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug, Weiterstadt und Plötzensee." Wir bitten alle Menschen, Gruppen etc, die ein Interesse an einer erweiterten Neuauflage haben, uns dies mit Angabe der Abnahmemenge mitzuteilen. Bestellungen schriftlich an: Bunte Hilfe DA, Wilhelm-Leuschnerstr. 39, 6100 Darmstadt

Flüchtlinge fliehen nach Norderstedt!

Mehr als 60 Menschen, die aufgrund der Verhältnisse in ihren Herkunftsländern in die BRD geflohen sind, sind heute am 5.11.91 im Gemeindezentrum Shalom in Norderstedt angekommen. Am 3.11.91 waren sie in Greifswald in ihrer Unterkunft von einem mehr als 200köpfigen Hooliganmob angegriffen worden. Nachdem bekannt wurde, daß die Flüchtlinge Greifswald unbedingt verlassen wollen, ist ein hauptsächlich von autonomen Gruppen organisierter Konvoi nach Greifswald gefahren und hat die Flüchtlinge dort abgeholt. Die Flüchtlinge sind erst nach Neumünster gefahren worden, in der Hoffnung, daß die Versprechen die ihnen von der Kirchenleitung der Anscharkirche gemacht wurden auch eingehalten würden. Diese Versprechen gingen dahin, daß die Kirche die Flüchtlinge wieder aufnehmen wollte, wenn sich die Versprechungen dort in Greifswald sicher zu sein, nicht bestätigen. Die Kirchenleitung der Anscharkirche hat jedoch die Versprechen nicht eingehalten. Auf Linie gebracht, übernahm der Kirchenvorstand die Positionen der Landesregierung und drohte den Flüchtlingen mit Räumung. Diese bedrohliche Situation veranlaßte die Flüchtlinge zu gehen.

Die im Shalom untergekommenen Flüchtlinge haben schon eine längere Geschichte in der BRD hinter sich. Sie beginnt damit, daß sie sich aufgrund der permanenten faschistischen Bedrohung in der ehemaligen DDR geweigert haben, aus einer Sammelunterkunft in Neumünster dorthin verfrachtet zu werden. Um ihre Forderung nach einer lebenssicheren Existenz durchzusetzen, besetzten sie am 12.9.1991 die Anscharkirche in Neumünster.
In den ersten Wochen der Kirchenbesetzung stießen die berechtigten Forderungen der Flüchtlinge auf Ablehnung und Ignoranz. Dies änderte sich nach den auch von Teilen der Bevölkerung getragenen Angriffen auf die Flüchtlinge und MigrantInnen in Hoyerswerda schlagartig. Auf die Forderung der Flüchtlinge und UnterstützerInnen nach Verbleib im Westen der BRD wurde zwar in keiner Weise eingegangen, aber der Landesregierung wurde klar, daß eine rücksichtslose Verschubung in die Ex-DDR ohne Einwilligung der Flüchtlinge nicht mehr möglich war. Daraufhin brachte die Kirche den mit den politischen Instanzen abgesprochenen Vorschlag Greifswald ins Gespräch. Unter starkem politischen und psychischem Druck willigten die Flüchtlinge ein. Bedingung für die Einwilligung war die Erfüllung von 12 Forderungen: 1. Lebenssicherheit; 2. Schutz des Asylheims gegen faschistische Übergriffe; 3. Freizügigkeit; 4. Rückkehrrecht nach Schleswig Holstein nach faschistischen Angriffen; 5. Sozialleistungen sollen denen in Schleswig Holstein entsprechen; 6. Gründung einer UnterstützerInnengruppe; 7. Schulwegbegleitung für die Kinder; 8. Begleitung bei Einkäufen und ähnlichem, sofern dies gewünscht wird; 9. Deutschsprachkurs mit mindestens 1-2 Stunden am Tag; 10. ÜbersetzerInnen für die kurdische Familie; 11. Jeder Mensch soll ein eigenes Zimmer haben; 12. Auf jedem Flur ein Telefon. Dies wurde zugesagt.

Montag, den 28.10.91 sind die Flüchtlinge nach Greifswald gefahren worden. In Greifswald angekommen, fanden sie eine Situation vor, die klarmachte, daß kaum eine der Versprechungen eingehalten wird. Die Sicherheit des Gebäudes vor faschistischen Übergriffen besteht darin, daß sie nicht existiert. Es gibt in Bodenhöhe Räume in denen nicht mal Scheiben sind, sodaß das Gebäude angezündet werden könnte, ohne das es vorher klirrt. Hinter dem Gebäude ist ein nicht einsehbares Gelände, von dem problemlos Angriffe stattfinden können. Telefonieren ist nur möglich, wenn das Büro besetzt ist, das bedeutet, nachts ist es unmöglich. Das Gebäude befindet sich in der unmittelbaren Nähe einer Discothek, die an bestimmten Wochentagen als Faschistentreffpunkt bekannt ist. In der Wohngegend, in deren Nähe das Haus steht, wohnen auch viele der Greifswalder Faschisten.. Zusätzlich zu der absolut schlechten Lage des Flüchtlingswohnheims waren die ersten Erfahrungen mit den UnterstützerInnen nicht besonders ermutigend. Auf einem Vorbereitungstreffen der UnterstützerInnen ist es passiert, daß Faschisten anwesend sein konnten, um die Informationen über die Flüchtlinge mitzuschreiben. Antifaschistische Strukturen sind in Greifswald kaum ausgebildet, sodas sie beim derzeitigen Stand wenig Schutz bieten können. Nach den ganzen Schwierigkeiten, auf die die Flüchtlinge in Greifswald getroffen sind, kam es am vergangenen Sonntag zu dem, was das Faß zum überlaufen brachte: Der Angriff von mehr als 200 Hooligans auf die Menschen in der Flüchtlingsunterkunft.
Nachdem die politischen Möglichkeiten der Kirchenbesetzung in Neumünster ausgereizt sind und nach einer Verantwortungslosen Verfrachtung nach Greifswald sind die Flüchtlinge nun hier in Norderstedt angekommen. Sie brauchen jetzt nichts mehr als die Solidarität von vielen Menschen, um ihr Ziel, eine menschenwürdige und sichere Existenz zu erreichen. Zuerst mal ist es wichtig, die Flüchtlinge mit den notwendigsten Dingen des alltäglichen Bedarfs auszustatten, dazu gehören: Matratzen, Decken, Kleidung, Nahrungsmittel und auch Geld, um die Unterstützungsaktivitäten zu finanzieren.
Bemüht euch, Kontakte mit den Flüchtlingen und UnterstützerInnen aufzunehmen, die Möglichkeiten, etwas zu tun sind vielfältig.

Solidarität ist eine Waffe

UnterstützerInnen der Flüchtlinge

medico international
Rundschreiben 2-3/91
Obermainanlage 7
6000 Frankfurt 1
Telefon 069/4990041

FRANKFURT

Kommentar:

"Rette sich, wer kann"

"Der Auswanderungsdruck aus den Ländern der Dritten welt wird sich angesichts von Elend, Hunger und Hoffnungslosigkeit um ein vielfaches steigern. Die aktivsten Gruppen werden mit dem Mut, der Hartnäckigkeit und der Verschlagenheit der äußersten Verzweiflung auszubrechen suchen. Sie werden auf allen Wegen, mit allen Mitteln, unter allen Gefahren in endlosen Massen herandrängen - überallhin, wo es nur um ein Geringes besser zu sein scheint als in ihrer Heimat. Die reicheren Länder werden sich gegen diesen Ansturm zur Wehr setzen. Sie werden Befestigungsanlagen an ihren Grenzen errichten. Sie werden Minenfelder legen und Hundelaufgehege bauen..."

Die epochemachenden Sätze aus dem obigen Zitat von 1982, die wir vor einigen Jahren schon erwähnten, sind heute längst zur Wirklichkeit geworden. seit dem Inferno von Bari, wo die ausgemergelten albanischen Flüchtlinge von italienischen Armeesoldaten aufgehalten wurden, ist das Datum eines beginnenden Dauerkriegs im 3.Jahrtausend gesetzt. Ob in Bari, Gibraltar oder Arizona, es werden Staatsarmeen sein, die Armeen von Armutsfliehenden abwehren und bekämpfen. Ihre Kraft ist die bloße physische Wucht, die Welle um Welle auf die Kordone der reichen Bastionen trifft: zurückgewiesen & niedergeschlagen werden sie es wieder und wieder versuchen.

Diese Massen, die übergroße Mehrheit der Menschen der Erde bildend, werden jetzt in einem tatsächlichen Sinne "unangenehm". Sie erscheinen nicht länger mehr nur im Rahmen wohlgeordneter Hilfskampagnen und geregelter Entwicklungsprojekte als bereitwillige, freundlich lächelnde Objekte der caritativen Begierde der Reichen, sondern treten - wie in Bari - mit Eisenstangen bewaffnet auf, wildgeworden und arglistig, selbst untereinander böse, verschlagen und äußerst gewaltbereit. Weil für sie ohne allen Zweifel die letzte Stunde geschlagen hat, entsteht von Soweto über Kroatien bis nach Leipzig jene irrational anmutende Gewaltsamkeit, deren Logik der Todesmelodie eines mörderischen "Rette sich, wer kann" geschuldet ist. Um diesen Sturm zu dämmen, so der UNO-Flüchtlingsexperte Widgren, müßten pro Jahr 35 Millionen Arbeitsplätze in den armen Ländern geschaffen werden, was den Einsatz gigantischer Summen zur Voraussetzung hätte, die nirgends zur Verfügung stehen. Aber selbst auf dieses Angebot würden die Fluchtbereiten kaum dauerhaft eingehen können, weil auf dem Weltmarkt niemand ihnen die Produkte ihrer Arbeit abkaufen würde. Und aus einem weiteren nicht zu unterschätzenden Grund werden sie nicht zu halten sein: sie reklamieren zusätzlich zu den ihnen von westlicher Seite aus strategisch verschriebenen Menschenrechten jenen Anteil an Konsum und Lebensstandard auch für sich, der sich in Europa als untrennbare Dreingabe zur Humanität innig mit dieser verbindet.

Derart erscheinen sie als Asylsuchende an den Pforten der Wohlstandszitadellen, um dort als "Wirtschaftsflüchtlinge" klassifiziert zu werden, die keine politischen Gründe mehr geltend machen können, da sie aus nunmehr menschenrechtlich versorgten & demokratisch bereicherten Ländern kommen, deren Armut allerdings jetzt und in Zukunft erst recht zum Himmel schreit. Jedenfalls wird deutlicher, daß Folter, Unterdrückung & Armut nicht länger mehr nur ihre Urheber in lokalen Despoten haben, deren Herrschaft im Rahmen der neuen Weltordnung modernisiert wird, sondern daß die Verursacher der Not ihre Adresse in den Zentren der Welt selber haben.

Der soziale Kriegszustand, auf den die Armen reagieren, das ist die ungeheure einseitige Akkumulation von Reichtum, Wissen und Macht, die uns instandsetzt, den Angriff gegen die Natur, und damit gegen uns selbst, mit allen Mitteln auf allen Ebenen und mit allen Konsequenzen zu führen. Selbst relative Friedenszeiten werden damit zu immerwährenden Perioden des Krieges. 200 Jahre "Freie Marktwirtschaft" haben den Globus sturmreif geschossen, auf weitgehend friedliche Weise. 200 Jahre haben genügt, um jene große Transormation zu vollenden, die aus Produzenten ihrer unmittelbaren Lebensmittel Arbeiter, Angestellte und Konsumenten gemacht hat. 200 Jahre Kapitalismus haben bewirkt, daß der Zusammenhang von Ökonomie und Moral, der den Individuen bis ins 18. Jahrhundert gegenwärtig war, vollständig zerissen ist.

200 Jahre Wirtschaftsliberalismus haben vollbracht, daß dem Menschen die Natur, die äußere wie seine eigene, so gleichgültig geworden ist, daß er sie als reine Sache des Verzehrs zu betrachten gelernt hat. Daß solch kannibalistische Biologik sich schon heute gegen ihre triumphalen Verursacher selber kehrt, erleben diese als Bedrohung ihrer apartheidähnlichen Privilegien, weswegen sie gegen den bedrohlichen Flüchtling, wie die USA an den Grenzen zu Mexiko, ein System von Stahlbarrieren und Elektrozäunen errrichten, wogegen sich die dunklen Mauern des Erich Honecker wie armseige Vorarbeiten ausnehmen. Wieviele Erwachsene der Weltmarkt jährlich auf dem Gewissen hat, weiß man nicht. Aber fest steht, daß im abgelaufenenen "Rechnungsjahr" der UNO 14 Millionen Kinder verreckt sind: zur Hälfte verhungert, zur Hälfte umweltverseucht. Weltweit leiden 500 Millionen ständig an Hunger. - Seuchen und Bürgerkriege sind nicht alleine Sache der Ökonomie: aber ohne die vom Weltmarkt produzierten Slums von Lima gäbe es keine Cholera-Epidemie, ohne den mörderichen Verfall der Kaffepreise kein Gemetzel in den Monokulturen Ruandas und Burundis, und der AIDS-Genozid in Afrika würde ohne die Millionen Weltmarkt-Wanderarbeiter nicht umgehen.

Die UNO erklärte die 80er Jahre zum "Jahrzehnt der Entwicklung". Am Ende des Jahrzehnts war die Zahl der "Ärmsten Länder" von 31 auf 41 angestiegen. Unter der vom Internationalen Währungsfonds (IWF) festgelegten Armutsgrenze leben global 1,1 Milliarden Menschen. Ganz Lateinamerika ist wirtschaftlich auf das Niveau von 1970 zurückgefallen; Afrika ist heute so arm wie 1960. Gleichzeitig gibt es keinen Winkel der Erde mehr, in dem nicht für den weltmarkt produziert wird, in dem dieser nicht über Lohn, Preis und Gewinn herrrscht. Wo vor 10 Jahren noch für den lokalen Wochenmarkt angebaut wurde, dominiert jetzt die New Yorker Terminbörse.

Der Siegeszug der freien Marktwirtschaft hat nicht nur bisherige auf Selbstversorgung und Sozialwirtschaft gegründete Strukturen vernichtet, sondern auch die letzten Versuche kollektiver Selbstbehauptung mittels Preispolitik beendet. Diese Bestandsaufnahme spricht für die Betroffenen, und das " Gefährliche" daran ist, daß sie als Flüchtlinge alle Beweise gegen uns in Händen haben, ganz gleich, zu welcher Asylgesetzgebung man sich seitens der Politik entschließt. Der konkrete Verdacht ist nämlich aufgeworfen, daß die Armut der Mehrheit von der Minderheit gemacht wurde, die ihren Reichtum den anderen schuldet. Und weil die Armen von daher über jegliches Recht verfügen, in der großen Wagenburg persönlich vorstellig zu werden, muß jede aktuelle talk-show zum " Asylantenthema" in der Lage sein, den Gegenbeweis anzutreten. Jedes Jahr, so deren Logik, erwirtschaften die Metropolen mit- und untereinander 10000 Milliarden Dollar - und von dieser gewaltigen Summe fallen geringe 90 Milliarden auf die "Dritte Welt".

Das Fazit ist eindeutig: Nein, wir leben gar nicht auf Kosten der der armen Länder! Das Ergebnis wird hier zur Ursache: denn das Elend der unterwickelt gehaltenden Kontinente entstand gerade durch die dauernde Entwertung oder Brachlegung von Kapital und Arbeitskräften, weil billige Weltmarktprodukte heimische vom Markt drängten oder bäuerliche Landwirtschaft durch großräumige Plantagenwirtschaft ersetzt wurde.

Die Abermillionen aufgegebener Produktionsbetriebe und ihre nicht minder große Zahl freigesetzter und einkommensloser Arbeiterinnen & Arbeiter tauchen am Ende in keiner weltwirtschaftlichen TRansferbilanz mehr auf. Sie sind, weil sie arm gemacht wurden, zum Niemand geworden - und von arbeitslosen Weltbürgern lebt man nicht, weil man sie tatsächlich nicht einmal mehr ausnutzen kann. "Wir" können mithin nicht von ihnen profitieren, sondern die Weltsozialhilfeempfänger leben geradezu auf Kosten derjenigen, die über Kapital, Technologie und Produktivität verfügen. Da aber auf jenem Markt, der Menschenrechte propagiert, Menschen nur dann Recht erhalten, wenn sie am Wirtschaftsprozeß entscheidend teilnehmen, steht ihnen die konkrete Humanität auch nicht zur Verfügung. Weil sie nichts mehr anzubieten haben, werden sie überzählig und überflüssig. Umso gefährlicher erscheint ihr aus Armut geborenes Wachstum - und der Gedanke an ihre massenhafte Abschaffung liegt schon wieder in aller Munde. Wenn man die Armut aus der Armut und den Reichtum aus dem Reichtum erklärt, ist man niemandem etwas schuldig. Solche Vertauschung von Ursache und Wirkung entläßt nicht nur aus den Fängen der Logik und erleichtert das Gewissen, sie läßt sich auch in extremer Weise fortsetzen bis hin zu der Auffassung, daß die Armut am besten dadurch zu beseitigen ist, indem man die Armen abschafft.

Am Ende des Jahrtausends stellt sich die Alternative nur klarer als je zuvor: Solidarische Welt oder absolute Barbarei.

Medico International

>> QuickPOINT 4.01 Eine Notlüge ist immer verzeihlich. Wer aber ohne Zwang die Wahrheit sagt, verdient keine Nachsicht

FRAUEN UND KNAST: EINE ANTIKNASTAUSSTELLUNG

Mit Hilfe von Äußerungen von Frauen aus dem Knast, eigenen Gedanken, Texten zu Knast, ..., haben wir versucht, Knast mal näher ranzuholen.

Dabei gucken wir als parteiliche Feministinnen, wie das Patriarchat im Knast funktioniert.

Schwerpunkte der Ausstellung sind:

- Funktion von bundesdeutschen Knästen
- Alltag im Knast
- Behandlungsvollzug
- Abschiebeknast
- Untersuchungshaft
- Widerstand
- Repression

vom 18.-24.11. täglich von 15-19 Uhr in der YORCKSTR.59, HH 2.Stock rechts 1/61, für Lesben, Heteras und überhaupt ALLE Frauen !!!



Frauen- und Lesbendemonstration am 8.3.1989 in Ham

RASSISMUS 1992

von A. Sivanandan

(Vorbemerkung des Übersetzers: Dieser zuerst 1988 veröffentlichte Text ist einer Sammlung von Arbeiten des Autors entnommen, die den Titel "Communities of Resistance. Writings on Black Struggles for Socialism" trägt. Der Autor versteht den Text "Racism 1992" als eine Prognose über den entstehenden paneuropäischen Rassismus. A. Sivanandan ist Direktor des Institute of Race Relations in London, Herausgeber der Zeitschrift "Race and Class" und Autor des Buches "A Different Hunger".)

Ein neuer Rassismus erhebt sich aus den Rissen des alten - weniger ersichtlich, bösartiger, offen für Faschismus und europäisch - ein Rassismus gerichtet gegen die Migranten, Flüchtlinge und Asylsuchenden, die durch die zerstörerischen Plünderungen des internationalen Kapitals aus ihren eigenen Ländern vertrieben wurden. In der Tat, es war das Bedürfnis des Kapitals, seine nationalen Fesseln zu brechen, - um mit amerikanischem und japanischem Kapital zu konkurrieren, nicht zuletzt in der Ausbeutung der Dritten Welt -das zu dem wachsenden Zustrom von Migranten nach Europa geführt hat. Auf den ersten Blick will Europa sie nicht, es möchte dem Kapital freie Zügel lassen, ohne sich dessen Konsequenzen einzuhandeln: Immigranten aus der Dritten Welt erzeugen soziale und politische Probleme. Und doch nährt ihre Arbeit, billig und gefesselt, weite Bereiche eines sich immer weiter ausdehnenden Dienstleistungssektors und macht deren Privatisierung profitabel. Das Problem besteht wie früher darin, wie ökonomischer Gewinn zu erzielen ist, ohne soziale Kosten und politische Verwerfungen nach sich zu ziehen. Und die Antwort ist wie früher, einen ungefesselten Rassismus, einen Rassismus offen für die Kräfte des Marktes, eine (informelle) Kontrolle ausüben zu lassen, während gleichzeitig eher weiche Regulationen über die Aufnahme von Flüchtlingen erlassen werden, vorzugsweise aus humanitären Gründen, wie es europäischer Kultur und Sitte entspricht.

Die Entwicklung eines solchen paneuropäischen Rassismus ist in Britain neben der alten britischen Variante schon jetzt zu sehen. Aber Britain, anders als der Rest Europas, hat so intensiv und so lange auf (importierte) koloniale Arbeit gebaut und war so langsam im Aufgreifen der technologischen Revolution, daß der Übergang zum europäischen Modell langsam und zögerlich war. Dennoch hat schon der Immigration Act von 1971 den zwei Jahre später erfolgten Beitritt Britains zu Europa angekündigt, indem es aller ursprünglichen oder Siedlereinwanderung aus dem "New Commonwealth" ein Ende setzte und stattdessen für die **Gastarbeiter**-Arbeitskraft (deutsch im Original, A.d.Ü.) optierte. Andere Beschränkungen folgten, die es denen, die bereits hier lebten, praktisch unmöglich machten, ihre Verlobten und Angehörigen nachzuholen. Abschiebungen wurden erleichtert, und Mrs Thatcher versicherte der Nation, daß sie schließlich nicht zulassen werde, daß sie (die Nation, A.d.Ü.) "von Völkern mit einer anderen Kultur überschwemmt wird".

Für eine Weile sah es so aus, als ob das Powellsche Projekt der "mit Anreizen versehenen Repatriierung" greifen würde. Aber die Kampagnen der Schwarzen gegen ungerechte Einwanderungsgesetze und Schnellfeuer-Deportationen, die proklamierten, daß sie "Here to stay, Here to fight" waren, und die Rebellionen der jugendlichen Schwarzen gegen ein zunehmend rassistisches und repressives System, erledigten diesen Wunsch oder dieses Programm. Und es blieb dem Nationality Act von 1981 überlassen, die Nationalität von Britains schwarzer Bevölkerung zu "regularisieren", sie zu Staatsbürgern zu machen in der Vorbereitung auf ein Europa **sans frontières**.

Daß das Labour-Konzept der Staatsangehörigkeit schwarzen Menschen erlaubte, die Klassenleiter hinaufzusteigen, ohne ihre Kulturen aufzugeben (in einer Art von pluralistischem Kapitalismus), während die Tory-Version verlangte, daß sie wirklich britisch wurden, um im Thatcherschen Britain irgendwohin zu gelangen ("Labour sagt, ihr seid schwarz, wir sagen, ihr seid britisch" lautete ihr Wahlslogan), sei nur am Rande bemerkt. Wie auch immer, der Punkt ist, daß beide Parteien im Nationality Act von 1981 (der von Labour entwickelt und von den Tories verabschiedet wurde) darin übereinstimmen, das alte Geburtsrecht auf britischem Boden (**jus solis**) als Grundlage der Staatsangehörigkeit aufzugeben und sie stattdessen in der Abstammung, der

Vaterschaft (**jus sanguinis**) zu lokalisieren - mit der Konsequenz natürlich, daß diejenigen, die aufgrund ihrer Niederlassung hier bereits die britische Staatsbürgerschaft erhalten haben, diese Staatsbürgerschaft an ihre Nachkommen weitergeben können.

Britische Staatsangehörigkeit konnte sich fortan nicht automatisch übertragen auf die Commonwealth-Angehörigen (einschließlich derer, die sich hier seit der 1973 erfolgten Inkraftsetzung des Immigration Act von 1971 niedergelassen haben), auf die britischen Bürger in Übersee oder Bürger von britischen abhängigen Gebieten, mit Ausnahme von Gibraltar (denn es liegt in Europa!) und seit 1983 den Falklands (denn sie sind britisch!!).

Die Absicht des Nationality Act war in der Tat nicht bloß, das Durcheinander in der Staatsangehörigkeit, das aufeinanderfolgende Einwanderungsgesetze hinterließen, zu beseitigen, sondern Britain von den verbliebenen Verpflichtungen des Empires zu befreien und es auf eine Linie mit Europa zu bringen.

Genauso haben die Visarestriktionen, die gewissen schwarzen Commomwealth-Ländern 1985 und 1986 auferlegt wurden; die Geldstrafen, die gegen Fluggesellschaften, die Passagiere ohne die erforderlichen Papiere einfliegen, durch den Carriers' Liability Act von 1987 verhängt werden; und die Maßnahmen des Immigration Act von 1988, die diejenigen, die länger als erlaubt hier bleiben, kriminalisieren und Deportationen sogar noch mehr beschleunigen; - haben mehr mit den neuen Immigranten und Flüchtlingen, die aus der Dritten Welt nach Europa kommen, zu tun als mit den Schwarzen, die sich bereits in Britain aufhalten - und im Zuge der Entwicklung auf 1992 hin mit der Definition dessen, wer ein Staatsbürger ist und wer ein Recht zu arbeiten hat.

Das Problem für ein offenes Europa ist mit anderen Worten, wie es gegenüber Immigranten und Flüchtlingen aus der Dritten Welt geschlossen werden kann. Aber nicht so, daß ihre Arbeit ganz verloren geht. Denn sie machen die ungelernten, niedrigen, gefährlichen und dreckigen Jobs in der Silicon-Ära des Kapitalismus - wie ihre Entsprechungen es eine Generation früher im Wiederaufbau des Nachkriegs-Europa taten. Außer daß jetzt diese Arbeit -temporär, flexibel und fallweise - die eigentliche Basis ist, auf der die post-industrielle Gesellschaft läuft. Und nicht nur im Dienstleistungssektor, der leichter wahrzunehmen ist, sondern auch, weniger sichtbar, in der Produktion, in der Verteilung und, in einigen Teilen Europas, in der Landwirtschaft.

Die Zahl dieser Immigranten mag auf dem europäischen Festland höher sein als in Britain, aber auch hier kommen die Hotel- und Gaststättenarbeiter, die Vertragsreiniger in Krankenhäusern, Flughäfen usw., die Sicherheitskräfte in den privaten Sicherheitsfirmen, Tankstellenwärter, Hausangestellten, FastFood-Hilfskräfte, Aushilfskräfte im Krankenhaus, Pförtner und so viele andere in zunehmendem Maße aus Kolumbien, Chile, Türkei, Sudan, Sri Lanka, Eritrea, Iran. Und sie kommen nicht so sehr als Arbeitsmigranten, gebunden an eine Arbeitserlaubnis und somit an einen bestimmten Job (wie die 14 000 Filipinos, die in den 70er Jahren in die Hotel- und Gaststättenindustrie und als Hausangestellte rekrutiert worden sind), sondern als Flüchtlinge und Asylsuchende, die vor der ökonomischen Zerstörung und dem politischen Terror in ihren Ländern fliehen. Mit keinem Recht auf Niederlassung, kaum dem Recht zu arbeiten, keinem Recht auf Wohnung oder medizinische Versorgung und unter der permanenten Bedrohung durch die Deportation werden die neuen Migranten dazu gezwungen, Löhne und Bedingungen zu akzeptieren, die kein einheimischer Arbeiter, schwarz oder weiß, akzeptieren würde. Sie haben kein Recht auf Rente, keine Sozialversicherung, die Unternehmer müssen sie nicht versichern -sie sind unerlaubt, illegal, ersetzbar.

Dies alles macht die Privatisierung von Schlüsselbereichen des staatlichen Dienstleistungssektors durchführbar, macht die Regierungspolitik, die psychisch Kranken und die Alten durch die community versorgen zu lassen, lebensfähig und beliefert die yuppie-Kultur mit Dienern und Sklaven.

In der Produktion haben revolutionäre Veränderungen im Produktionsprozeß dazu geführt, eine zunehmend flexible Arbeitskraft zu gebrauchen, die gespalten ist in eine funktional flexible "Kerngruppe", die sich Veränderungen in der Technologie anpassen kann, und einer numerisch flexiblen "Randgruppe", die Veränderungen auf dem Markt angepasst werden kann und deshalb temporär, ad-hoc, fallweise ist. Und wer paßt besser in diesen Rahmen als die peripatetischen Migranten oder Flüchtlinge?

Auch im Handelssektor ist Migrationsarbeit absolut entscheidend geworden. Die Computerisierung der Verteilung und des Verkaufes hat großen Warenhäusern wie Marks & Spencer erlaubt, Warenlager und Zwischenhändler abzustoßen. Stattdessen gebieten sie über eine Zahl kleiner Produzenten und Lieferanten, deren Verträge (und deshalb deren Unterhalt) von ihrer Fähigkeit abhängt, die Produktion entsprechend der Erfordernisse und Launen des Marktes zu verändern. Sie müssen dazu in der Lage sein, wie z.B. in der Bekleidungsindustrie, von einem Momemt zum andern die Artikel von einer fast-fashion zur anderen zu wechseln, ein Muster heute aufzugeben und morgen von einem neuen zu produzieren. Und das erfordert eine vollständig flexible Arbeitskraft, die willkürlich aufgegriffen oder weggelegt werden kann, die dazu bereit ist, lange und unsoziale Stunden zu arbeiten, um einen bestimmten Vertrag zu erfüllen. Zunehmend kommt diese Arbeitskraft nicht nur von asiatischen Hausarbeiterinnen, sondern auch von unorganisierten, illegalen Migranten aus der Dritten Welt, die in den Schwitzbuden arbeiten.
In einigen Ländern Europas wie Italien wird der landwirtschaftliche Sektor abhängig von der Überausbeutung der peripatetischen Arbeiter aus der Dritten Welt. Der chice Weintrauben-Pflücken-Urlaub in Frankreich, der einst unter den Studenten populär war, ist einer systematischeren Weise der Benutzung billiger Arbeit gewichen. Landwirtschaftliche Migrationsarbeiter reisen von Ernte zu Ernte entsprechend der Erntezeit jeder Frucht. Diese Arbeit ist von ihrer Art her intensiv, kurzfristig, und ihre Bezahlung (immer Stückarbeit) ist bodenlos schlecht. Neuere Berichte in italienischen Zeitungen besagen, daß die Bezahlung von immigrierten Tomatenpflückern in Süditalien 40p pro 35 Kilos beträgt, und in Caserta verdienen Ghanesen, die Vieh hüten, 11 £ für einen 12-Stunden-Tag.

Und zwischen den "Jobs" schlagen sich die Arbeiter aus der Dritten Welt mit einem Leben auf den Gehwegen und Stränden Europas durch. Er mag Zeitungen in Wien verkaufen, oder "Lacoste"-Hemden in Lissabon, Sonnenbrillen oder afrikanischen Schmuck an der Costa del Sol, oder Touristen vor dem Centre Pompidou unterhalten. Aber wo immer er sich aufhält (und es ist immer ein er) ist er noch dazu unfrei - abhängig von einem Lieferanten seiner Waren, der fortwährenden Belästigung durch polizeiliche Identitätskontrollen ausgesetzt, konfrontiert mit der rassistischen Feindseligkeit lokaler Händler.

Es ist wenig geschrieben worden über das Leben und die Bedingungen dieser Arbeiter in Britain - wo die Tradition des nachforschenden Journalismus erstickt worden ist durch den paparazzi - und noch weniger ist bekannt über die entscheidende Rolle, die sie im modernen Kapitalismus spielen. Aber in Deutschland lebte Günter Wallraff, ein Schriftsteller und Journalist, in der Maske eines illegalen türkischen Arbeiters, "Ali", und enthüllte die Lage derer, die "ganz unten" stehen, und den Rassismus, der sie dort gefangenhält, in einem fesselnden Buch, **Ganz Unten**. Das Buch, das sich millionenfach in Deutschland und Frankreich verkaufte, verdiente Schimpf und Schande und Prozesse von vielen der größten deutschen Multinationalen. Denn durch die Enthüllung des unannehmbaren Gesichts des Türken, enthüllte Wallraff auch das unannehmbare Gesicht des postindustriellen Kapitalismus. Nach einer erbarmungslosen Arbeit in Fast-Food-Läden bei McDonald's schuftet Ali in Fabriken und Gebäuden, wo er knöcheltief in Pisse verstopfte Toiletten reinigt, deren Wände mit rassistischen Graffitis bedeckt sind; entfernt Schlamm von Röhren auf dem Dach hoher Gebäude bei 17 Grad unter Null; schaufelt und inhaliert Kohlenstaub Stunde für Stunde unter der Erde; kriecht in eine roheiserne Fähre, um eine Blockade mit pneumatischen Werkzeugen und ohne Maske zu beseitigen. Wallraffs Enthüllungen, wie die pharmazeutische Industrie nur allzu bereit ist, illegale Dritte-Welt-Immigranten in ihren Experimenten mit neuen Medikamenten (für kommerzielle eher als für medizinische Zwecke) als Versuchskaninchen zu benutzen, und der zynischen Art, mit der Subverträge geschlossen werden, um "temporäre" Türken anzustellen, die

Atomkraftwerke so reinigen, daß sie nach Hause zurückkehren, bevor die Verstrahlung Wirkung zeigt, beweisen die Tatsache, daß der Türke buchstäblich als Untermensch und deshalb als verfügbar betrachtet wird (der Ausdruck stammt von Wallraff).

Aber der Rassismus, der den Dritte-Welt-Immigranten als minderwertig definiert und ihn permanent in der Unterklasse fesselt, verbirgt auch die dunkleren Taten der Industrie vor dem öffentlichen Blick. Und die Verlagerung der Scheißarbeit durch Subverträge erlaubt dem Management sein Gesicht von seinen eigenen Taten abzuwenden und den Duft von Rosen aufsteigen zu lassen. Dadurch wird es auch bewahrt vor den gesetzlichen Konsequenzen von nicht registrierter Anstellung, unversicherten Arbeitern und der Überschreitung von Sicherheitsbestimmungen - denn dafür ist der Subvertragspartner verantwortlich. Weder will das Gesetz etwas davon wissen: die Arbeitskraft ist fremd, ausländisch und daher rechtlos. Noch die Regierung, die die Arbeit haben will - billig, unorganisiert, unsichtbar -, aber nicht die Arbeiter.

Ein ganzes Ausbeutungssystem wird so auf dem Rücken der DritteWelt-Arbeiter errichtet, aber der Rassismus schützt es vor dem Tageslicht - und Rassismus und institutionelle Sklerose stellen es jenseits des Gesichtskreises der Gewerkschaften. Und die Arbeiter selbst werden durch die dauernd sich verändernde, **ad hoc** Art ihrer Arbeit an der Organisierung in ihrer eigenen Angelegenheit verhindert. Selten ist es denselben Arbeitern erlaubt den gleichen Job oder Arbeit am gleichen Ort für längere Zeit auszuüben - und häufig sprechen sie nicht dieselbe Sprache oder besitzen keine kulturelle Verbindung. Und weil viele illegal sind oder Asyl suchen und Angst davor haben, zu den autoritären Regimes, vor denen sie geflohen sind, zurückgeschickt zu werden, werden sie zu der gefangenen Arbeitskraft des Kapitals **par excellence.**

Aber es ist in erster Linie das Kapital, das multinationale Kapital, das sie an die Küsten Europas schleudert. Mit der Forderung nach Regimes, die ihren Investitionen gegenüber freundlich eingestellt sind, die Märkte für ihre Waren öffnen, die Arbeitskräfte für ihre Unternehmungen zur Verfügung stellen, schreiben die multinationalen Konzerne die Diktaturen vor, die der Imperialismus für sie errichtet. Das Geschäft folgt nicht länger der Flagge, die Flagge folgt dem Geschäft. Alle Arten von Geschäft: das Geschäft mit Waffen, das lokale Kriege schürt; das Geschäft mit dem Tourismus, das Hotels aus den Heimen von Fischern und den Hütten von Bauern macht und den Leuten befiehlt, Kuchen zu essen; das Geschäft mit der Landwirtschaft,das wie in Sri Lanka Reisfelder in Ananasplantagen verwandelt, wie es sie einst in Teefelder verwandelte; das Geschäft mit den Schulden, das die Dritte Welt für immer auf ihren Knien hält und das Bett der internationalen Finanz schmückt; - und das Geschäft mit Menschen, das als Konsequenz daraus folgt.

Die faschistischen Diktaturen und die autoritären Demokratien, die die westlichen Mächte in ihrem eigenen ökonomischen und politischen Interesse in Ländern der Dritten Welt errichtet haben, statten den Westen auch mit der flexiblen Arbeitskraft aus, die er benötigt, um die postindustrielle Gesellschaft zu betreiben. Rassismus ist der Kontrollmechanismus, der diese Arbeitskraft in sozialen und politischen Ketten hält.

Wir bewegen uns von einem ethnozentrischen Rassismus zu einem eurozentrischen Rassismus, von den verschiedenen Rassismen der verschiedenen Mitgliedsstaaten zu einem gemeinsamen Markt-Rassismus, ohne die institutionellen Unterschiedlichkeiten aufzugeben, die notwendig sind, um um mit der aufständischen schwarzen Bevölkerung in jedem einzelnen Nationalstaat fertigzuwerden. Die Staatsbürgerschaft mag die Grenzen Europas für Schwarze öffnen und ihnen freie Bewegung erlauben, aber der Rassismus, der nicht einen Schwarzen von einem anderen unterscheiden kann, einen Staatsbürger von einem Immigranten, einen Immigranten von einem Flüchtling - und alle Dritte-WeltMenschen als Immigranten und Flüchtinge klassifiziert und alle Immigranten und Flüchtlinge als Terroristen und Drogendealer -, ist dabei, diese Bewegung mit Gefahren zu beladen und macht aus ihr eine Phantasievorstellung.

VOLXSPORT

Wir haben in der Nacht zum 9.11.91 die Kabel zur Relaisstation im Bismarckturm und die Kabel der Funkantenne hinter der Sternwarte durch Brandsätze zerstört.

Durch solche Relaisstationen ist es den Bullen überhaupt erst möglich, über längere Entfernungen untereinander per Funk zu kommunizieren. Die Relaisstation verstärkt die Funksignale. Da Göttingen im Talkessel liegt, ist die Station auf dem Bismarckturm nötig, damit die Bullen über den Berg Richtung Waake, Mackenrode usw. funken können.

Mit der Aktion wollten wir die Bullen nicht nur materiell schädigen sondern uns ging es darum, sie an einem ihrer "schwachen Punkte" (die Infrastruktur) anzugreifen.

Bei Faschistischen Überfällen schauen die Bullen entweder zu, wie z.B. bei den Angriffen auf ein Wohnheim von ArbeitsmigrantInnen in Hoyerswerda, oder sie stellen sich schützend vor die Faschisten, wenn den Angriffen etwas entgegengesetzt wird. Wenn es hingegen zu Einsätzen gegen AntifaschistInnen kommt, wird das ganze Waffenarsenal vom Schlagstock bis zur Knarre(siehe Räumung der Mainzer Str.) eingesetzt, und auch schon mal der Tod eines Menschen in Kauf genommen. So auch vor 2 Jahren, als die Bullen Faschisten schützend aus der Stadt geleiteten, während AntifaschistInnen gejagt und Conny dabei ermordet wurde.

Der Bullenapparat ist auch ein wichtiger Bestandteil zur Durchsetzung der menschenverachtenden Asylpraxis des Staates. So werden z.B. die Abschiebungen mit Bullengewalt durchgesetzt.
Der ganze Rassismus, der durch das neue 'AusländerInnen'-gesetz, die ganze 'Asyldebatte' und die Hetze in den bürgerlichen Medien(von TAZ bis Springer) geschürt wurde und jetzt offen zutage tritt, dient den Herrschenden jetzt als Legitimation ihrer Ausweisungspolitik gegenüber Flüchtlingen und anderen 'ausländischen' Menschen.

Die Faschoskins setzen letztendlich nur das praktisch um was von den sog. demokratischen Parteien und Organisationen gefordert wird. Sie verrichten die dreckige Arbeit, an der sich die PolitikerInnen nicht die Hände schmutzig machen wollen.

BLEIBERECHT FÜR ALLE !

KAMPF DEM FASCHO- UND BULLENTERROR !

DIE ANTIFASCHISTISCHE SELBSTHILFE ORGANISIEREN !

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

Kommando Antonio Amadeu



"Das Unrecht ist nicht anonym. es hat einen Namen und eine Adresse" (Brecht)!!!

Eine dieser Adressen ist die des Staatsrechtlers an der Bonner Universität Professor Dr. Josef Isensee.
Wir haben sein "gepflegtes" Einfamilienhaus etwas bunter gestaltet und bei einigen Fensterscheiben für Durchzug gesorgt.
Isensee war jahrelang Berater von Franz-Josef Strauss. er vertrat die Bundesregierung zuletzt bei der Klage gegen das geplante kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe....
Er ist einer von denen. die in aller Ruhe im Hintergrund agieren und deren Funktion nur wenigen bekannt ist. Figuren wie er sind verantwortlich für die rassistische Hetze gegen die Flüchtlinge und bereiten den Boden für die Überfälle der Faschisten. Sie formulieren rassistische Politik um in Gesetze und organisieren die "legale" Vertreibung und Diskriminierung der Flüchtlinge.
Die Politiker aller Parteien. die Regierenden und ihre "Ingenieure" verschleiern die wirkliche Ursache für die unerträglichen Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge und für die Wohnungsnot und die Arbeitslosigkeit hier. All das resultiert aus dem Zwang des Kapitalismus zu Wachstum und Konkurrenz. Rassismus dient dazu die Betroffenen gegeneinander auszuspielen.
Uns geht es darum Isensee aus seiner Anonymität herauszuholen und als das zu bennen. was er ist:
Schreibtischtäter und Rassist.

DIE FLÜCHTLINGE BLEIBEN HIER!!!
KAMPF DEN RASSISTEN!!!
FASCHISMUS IST UNTRENNBAR VOM KAPITALISMUS!!!



WIR HABEN IN DER NACHT VOM 3. ZUM 4.11. STRELITZER ECKE ANKLAMER STR, BEZIRK MITTE, EINEN PROPAGANDABUS DER BONNER FINANZADMINISTRATION IN BRAND GESETZT. DAZU HABEN WIR EIN HINTERES SEITENFENSTER EINGESCHLAGEN, 1 KANISTER BENZIN HINEINGEGOSSEN UND EINEN GETRÄNKTEN LAPPEN HINTERHERGEWORFEN! VORSICHT: DAS LUFTGEMISCH ENTZÜNDET SICH EXPLOSIONSARTIG. ES KOMMT ZU EINEM FEUERSTOSS AUS DEM ZERBROCHENEN FENSTER.

DIESE BOSSE GEHEN DERZEIT ZU VERSCHIEDENEN THEMEN AUF OSTDEUTSCHLANDTOURNEE, UM DEN MENSCHEN DIE "VORZÜGE" DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT ZU VERKÜNDEN. BEI DIESEM GING ES UM BAUSPAREN, STEUERNSPAREN, BAUFINANZIERUNG, U.A.

BONNER BONZEN IN DEN RHEIN, BERLINER IN DIE SPREE!

KAMPF DER HAUPTSTADT!

KAMPF DEM GROSSDEUTSCHLAND!

AUTONOME MITTE

Wir haben in der Nacht zum 23.9.91 dem Busunternehmen Quant in Wilster (Schleswig-Holstein) einen Besuch abgestattet. Das Busunternehmen Quant ist in der Vergangenheit mindestens einmal für eine faschistische Organisation gefahren.
Wir haben mit Abbeizer auf einen Bus "DVU zerschlagen" und auf einen anderen "Fahr keine Nazis" geschrieben. Ausserdem haben wir mehreren kleinen Bussen die Reifen zerstochen. Es bereitete uns mit handelsüblichen Werkzeug Probleme die Reifen der großen Busse zu zerstören.

Mit dieser Tat wollen wir Quant und alle anderen Busunternehmen warnen nicht noch einmal für Faschisten tätig zu werden.
Vor einiger Zeit (14.5.88) fackelten Kollegen von uns aus denselben Motiven das Busunternehmen Heidner in Elmshorn ab. Da wir nicht gezwungen werden wollen zu so drastischen Mitteln greifen zu müssen fordern wir Antifaschisten Schüler-Schülervertretungen Lehrer-Lehrerkollegien Abgeordnete und Arbeiter auf auf Quant und alle anderen Busunternehmen Druck auszuüben.
Ihr könnt Leserbriefe an Zeitungen schreiben Briefe an Kreis- oder Gemeindevertretungen schreiben ihr könnt versuchen daß solchen Busunternehmen die Lizenz zur Schülerbeförderung an den Schulen entzogen wird. Ihr könnt euch zusammentun und solche Unternehmen zu boykottieren und es gibt noch viele andere schöne Dinge die ihr tun dürft oder könnt!
KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN!!

Solidarität mit Knut und Rolf und den anderen politischen Gefangenen!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

gez. Eric Athur Blair

Erfolg mißt sich am ZIEL – zu den Antifa-Aktionen am 25. und 26. Oktober 1991

Freitag, 25. Oktober 1991, Bursfelde bei Göttingen NPD-Treffen verhindert. Was in der Zeitung als ein Treffen einer rechten Burschenschaft verkauft wurde, war in Wirklichkeit ein NPD-Treffen. Z.B. war der bundesweit bekannte, langjährige NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler mit von der Partie.
Das Treffen wurde dadurch verhindert, daß ca. 50 Personen den Veranstaltungssaal aufsuchten und die Veranstaltung für beendet erklärten. Die sich überrascht und unwissend gebende Wirtin forderte die NPD-Leute daraufhin ebenfalls auf ihr Lokal zu verlassen. Dieser Aufforderung hätte es aber kaum noch bedurft, weil die meisten Faschisten schon in Windeseile verschwunden waren, noch ehe die anwesenden Antifaschisten und Antifaschistinnen reagieren konnten.
Nur Fiedler, ein ParteiKamerad und eine Parteikameradin blieben zurück. Sie hatten Angst vor uns Autonomen und riefen die Polizei.
Die Polizei tauchte dann nach einiger Zeit auf. Zunächst mit einem Streifenwagen, bis schließlich nach und nach 18 Polizeifahrzeuge samt Hundeführer und ein paar Fahrzeugen Göttinger Bereitschaftspolizei vor Ort waren. Dieses Polizeiaufgebot reichte offensichtlich aus, um die Faschisten sicher abziehen zu lassen. Allerdings stand das NPD-Fahrzeug und das Rad eines Polizeiautos zu diesem Zeitpunkt auf den Felgen.
Die Veranstaltung der NPD war beendet worden, ehe sie begonnen hatte und wurde auch am folgenden Tag nicht weitergeführt.
Samstag, 26. Oktober 1991, Mackenrode bei Göttingen. Im FAP-Zentrum im Siedlungsweg 23 fand ein Schulungswochenende der FAP statt. Die antifaschistische Aktion dagegen sollte deutlich machen, daß Polacek, Heise usw. ungestört weiter machen, daß der Medienrummel um die Prozesse bzw. die Ausweiung Polaceks nur Propaganda der herrschenden Politik sind. Die schon nicht mehr als linde, sondern geradezu als Belohnung anzusehenden „Urteile" gegen z.B. Polacek und Heise belegen das deutlich. Auch eine eventuelle Ausweisung von Polacek würde nichts an der Situation ändern. Das Problem ist nicht Polacek, sondern das Schulungszentrum bzw. die neofaschistische Organisierung.
Da der imperialistische Staat kein wirkliches Intresse an der Zerschlagung des Neofaschismus hat, werden seine Aktivitäten auf dem Feld des Antifaschismus nie über politische Kosmetik heinausgehen. Es wird immer nur darum gehen, daß entsprechende PolitikerInnen oder Regierungen antifaschistische Imagepflege betreiben.

Wir sind nicht von vorn herein von einer militanten Auseinandersetzung in der Form ausgegangen, wie sie letztendlich stattgefunden hat. Wir wollten so nahe wie möglich an das Zentrum heran und die Faschisten dazu veranlassen aus ihrem Haus zu kommen, damit ihr Treiben öffenlich wird. Natürlich haben wir die militante Auseinandersetzung einkalkuliert.
Die Aktion lief für uns erfolgreich ab. Die Machenschaften der Nazis sind öffentlich geworden. Bei der Auseinandersetzung auf der Straße trieben wir die Faschisten in ihr Haus zurück, obwohl sie mit geradegeschmiedeten Sensen, Mollies und ähnlichen Dingen gegen uns vorzugehen versuchten.
Die Bevölkerung stand unserer Aktion sympathisierend gegenüber. Was sich an Äußerungen und an einem Punkt durch das Reichen von Steinen dokumentierte.
Die Nazis hatten 15 Verletzte zu beklagen, wir keinen einzigen. Unser Rückzug verlief nicht in wilder Panik, sondern gemeinsam und geordnet. Die Polizei hielt an ihrer Sperre bei Waake Fahrzeuge mit gezogener Pistole an.
Die Aktion gegen das Schulungstreffen der FAP war ein richtiger und wichtiger politischer Schritt. Denn Nazis militant auf der Straße entgegenzutretten ist Bestandteil unserer Politik und ein wirkungsvolles antifaschistisches Mittel, daß besonders in dieser Zeit der verstärkten neofaschistishen Überfälle eingesetzt werden muß. „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft" ist kein hohle Phrase.
Nach der Aktion haben auch mal wieder die bürgerlichen Parteien gezeigt, welch Geistes Kind sie sind. Insbesondere SPD-FunktionärInnen haben mit ihren öffentlichen Äußerungen, daß sich die Autonomen in Mackenrode genauso verhalten haben wie die Nazis, klar zum Ausdruck gebracht, wie sie Autonome eigentlich einschätzen.

Für die militante Initative – Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren – Nazis auf's Maull

Wir kommen wieder

Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen

Göttinger Tageblatt

Anschlag auf Burschenschaft

Göttingen (rür). Bislang unbekannte Täter haben nach Angaben der Polizei am frühen Sonnabendmorgen versucht, die Eingangstür eines Burschenschaftshauses in der Bürgerstraße anzuzünden, nachdem sie Benzin verschüttet hatten. Ein Hausbewohner wurde durch Geräusche vor dem Haus geweckt, entdeckte das Feuer und alarmierte seine Mitbewohner. Gemeinsam gelang es den jungen Männern, das Feuer zu löschen.
Vermutlich, so ein Polizeisprecher am Sonntag, haben die Täter das Benzin durch den Briefschlitz der Eingangstür gespritzt und es dann entzündet. Bei dem Anschlag wurde niemand verletzt – der Sachschaden beläuft sich auf etwa 1 000 Mark.

MONTAG, 4. NOVEMBER 1991

An zwei Stellen ging's uns zu schnell mit der Schilderung, daher nochmal die Nachfragen: interessant wäre doch genauer zu erfahren, wie die lapidar vermeldete Bullenkontrolle ablief und welche Folgen sie hatte. Ging's ohne Festnahmen ab? zum Zweiten: wie steht's jetzt nach dem geordneten rückzug mit der sympatisierenden Bevölkerung? gab's/gibt's jetzt Kontakte?

(die Redaktion)



Aus dem nebenstehenden Artikel aus der MORGENPOST geht hervor, daß der VS Hinweise über die Planung von Krawallen nach dem Straßenfest am 14. September hatte. Wenn dem so ist – und wir schließen das nicht aus – müssen sich alle, die etwas damit zu tun hatten, fragen, wie dicht ihre Strukturen sind, an welchen Orten darüber gesprochen wurde usw.
Es ist vorstellbar, daß der VS diese Informationen über eine/n seiner Informant/in/en oder mehrere bekommen hat. Alle Beteiligten müssen zukünftig noch genauer darauf achten, wem und wo sie was dazu sagen.
Das heißt, nur mit Leuten darüber zu sprechen, die man gut genug kennt, die wiederum, wenn sie die Sache weitertragen, ebenso garantieren müssen, daß es nur die richtigen Leute erreicht usw.
Das heißt auch, nicht in Wohnungen, Szenekneipen u.ä. bullenbekannten Orten darüber zu reden, sondern an einem sicheren Ort und besonders heiße Sachen wie z.B. Ort, Zeit und Anlaß gar nicht auszusprechen, sondern einen Zettel in der Runde rumgehen zu lassen.
Das heißt nicht, jetzt wilde Spekulationen darüber anzustellen, wer denn der Spitzel ist, wohl aber die Angelegenheit in den Zusammenhängen aufarbeiten und die Auseinandersetzung um Sicherheitskriterien ernst zu nehmen und sie weiterzuentwickeln.
DAMIT WIR SCHLAUER SIND ALS DIE !

BERLINER MORGENPOST

LfV-Kritik: Polizei nahm Warnung nicht ernst

„Es könnte so schlimm werden wie am 1. Mai." In dieser deutlichen Warnung gipfelten nach Informationen der Berliner Morgenpost die Hinweise, die das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) der Polizei vor den schweren Krawallen in Kreuzberg am 14. September dieses Jahres zukommen ließ. Berlins Polizeipräsident Georg Schertz hatte demgegenüber am 23. September vor dem Sicherheitsausschuß des Abgeordnetenhauses erklärt, der Verfassungsschutz habe vorab nur „relativ vage Hinweise" geliefert.

Aus der Berliner Innenverwaltung wurde dazu bekannt, daß sich LfV-Chef Heinz Annußek in einem Brief an Staatssekretär Armin Jäger energisch gegen diese Herabsetzung der Aufklärungsarbeit seiner Mitarbeiter zur Wehr gesetzt hat.

Beim Verfassungsschutz ist man dem Vernehmen nach der Meinung, im Rahmen des Möglichen eine richtige Einschätzung der zu befürchtenden Vorfalle geliefert zu haben. Wenn die Polizei etwa erwartet haben sollte, daß man ihr im voraus den genauen Zeitpunkt und die Orte nennen könne, an denen es zu Krawallen kommen werde, so überschätze man die Möglichkeiten des LfV, heißt es in der Behörde. Es sei unverständlich, daß die gegebenen Hinweise nicht ausgereicht hätten, die Sicherheitskräfte im nötigen Maße für die bevorstehende Gefahr zu „sensibilisieren".

Bei den Krawallen im Anschluß an ein friedliches Straßenfest hatten etwa 200 Randalierer rund um den Kreuzberger Heinrichplatz brennende Barrikaden errichtet, Drahtseile über zwei Straßen gespannt und einen Penny-Markt geplündert. Politiker hatten der Polizeiführung nach den Vorfällen Versagen vorgeworfen und insbesondere kritisiert, daß nur drei Gewalttäter festgenommen werden konnten.

Jörg Meißner

Autonome Partei (AP)
Parteizentrale / Mitgliederverwaltung
Derzeitiger Mitgl.Bestand: 649
Zum Blauen Bock / Clayallee
Berlin, den 29.10.1991

Unser Zeichen: CH-A-O-T 87/91
(Bei Rückantwort bitte angeben)
Ihre Nachricht: Aus INTERIM Nr. 166
Betr.: Parteiaustritt

Sehr geehrter Herr Schenk
Durch einen von ihnen verfassten Beitrag in dem wöchentlich erscheinenden MitgliederInnenrundbrief "Interim" haben wir von ihrem Austritt aus unserer Partei erfahren. Mit großem Bedauern müssen wir feststellen, daß sie die Fülle der durch unsere Organisation bereit gestellten Sozialleistungen (Wohngemeinschaften, Kneipen, Kollektive, Ermittlungsausschüsse, Soli-Feten usw.) nicht von diesem Schritt hat abhalten können.
Auch aufgrund der derzeit nicht einfachen Situation unserer ökonomischen Möglichkeiten möchten wir Sie bitten, die ihnen im Jahre 1987 zur Verfügung gestellten Parteimaterialien bei der oben genannten Adresse wieder abzugeben:

- Ein paar schwarze Spingerstiefel
- Eine schwarze Lederjacke
- Ein Reisechaotenausweis

Die Ihnen ebenfalls zur Verfügung gestellte Haßkappe dürfen sie gemäß der bei ihrem Parteieintritt vereinbarten Sozialleistungen behalten. Wir hoffen, das sie auch in Zukunft davon noch häufigen Gebrauch machen können. Als Anlage fügen wir noch ein Zeugnis als Berufsbescheinigung bei.Wir wünschen Ihnen für die Zukunft alles gute.

Im Auftrag der Mitgliederverwaltung

Anlage: Zeugnis für Herrn Heinz Schenk

Wir bescheinigen hiermit Herrn Heinz Schenk, daß er in den Jahren 1987 - 91 als einfaches Basismitglied in der Autonomen Partei beschäftigt war. Trotz seiner kleinbürgerlichen Klassenherkunft bemühte er sich, die ihm übertragenen Aufgaben stets gewissenhaft zu erfüllen. Auch wenn er dabei oft von der Polizei erwischt worden ist, so war er doch immer für alle anderen ParteimitgliederInnen ein Vorbild an Einsatzbereitschaft und Pflichterfüllung. Wir wünschen Herrn Schenk für seinen weiteren beruflichen Lebensweg viel Erfolg.

Zur Auseinandersetzung in der interim um die Demo in Hoyerswerda

Antwort an die MILITANTE ANTIFASCHISTISCHE JUGEND ("die Betonköpfe antworten zur Hetzkampagne in der Interim")

Auch uns wurde schlecht, als wir euren Brief "Die Betonköpfe antworten zur Hetzkampagne in der Interim !" gelesen haben. Schlecht vor Angst, was wahrscheinlich auch beabsichtigt war.
Die Atmosphäre, die dieser Brief schafft, ist die eines sich gewalttätig und diskussionslos durchsetzenden Systems. Für uns ist HERRschaft wesentlich durch so eine Art gekennzeichnet. Ein Handeln, das auf Unterdrückung (z.B. einer Diskussion) und gewalttätige Durchsetzung der eigenen Ideen aufbaut, ist für uns nicht antifaschistisch. Antifaschistisch ist für uns damit verbunden, HERRschaft abzubauen und nicht, die eine durch eine andere zu ersetzen.
Wenn Leute, die sich antifaschistisch nennen, und von denen wir auch glauben, daß sie es sind, solche Briefe schreiben, dann zeigt das, daß in der Auseinandersetzung um Mackermilitanz einiges schiefgelaufen ist.
Solche Formen von Militanz haben viel mit Militarismus, aber wenig mit Revolution zu tun. Im Militarismus ist das vorrangige Ziel, sich und andere dahingehend zu disziplinieren, daß bestimmte Gefühle nicht mehr auftauchen. Die Gewalt ist dann kein Übel mehr, das in bestimmten Situationen nicht zu vermeiden ist, sondern wird zum reinen Selbstzweck. Ein rauschhaftes Erlebnis, was als Ersatz herhält für all die sonst unterdrückten Ausdrücke von Leben -insbesondere von Sexualität. Es ist eine typisch männlich-patriarchale Art der Ersatzbefriedigung (Lusterlebnisse durch Gewalt). So erstaunt es auch nicht, daß die unerschütterlichen Streetfighter im wesentlichen Männer sind.
Auch das "Fuck you" am Ende eures Briefes ist ein Hinweis auf diese Verbindung. Ein Sexismus übelster Art. Einen Antwortbrief auf die Kritik einer Frau mit "Fuck you" zu beenden, zeugt von einer totalen Frauenverachtung. "Fuck you" wird im allgemeinen Sprachgebrauch oft als Drohung gebraucht, im Sinn von "ich mache dich fertig" und zeigt somit sprachlich den gewaltsamen unterdrückerischen Charakter von patriarchal geprägter männlicher Sexualität. Vielleicht habt ihr dies nicht so konkret gemeint, aber es zeigt, daß ihr euch mit wesentlichen Gewaltstrukturen dieser Gesellschaft nicht auseinandergesetzt habt. Wenn der Brief dann auch noch den Charakter eines Drohbriefes hat, wie dieser, dann ist das erst recht nicht mehr zu entschuldigen.
Spätestens seit den Libertären Tagen in Frankfurt wird angeblich eine Diskussion um Sexismus in der Szene und den eigenen Militanzfetischismus geführt. Wo bleiben die Ergebnisse, wo werden überhaupt Konsequenzen gezogen? (Das richtet sich auch an die Interim, die so einen Brief unkommentiert abdruckt).
Auch in anderen Punkten scheint ihr genau das System verinnerlicht zu haben, das wir doch eigentlich bekämpfen wollen. Ihr blockt jede Form von Kritik ab, indem ihr sie als Hetzkampagne definiert. Ihr macht euch auch nicht die Mühe, darüber nachzudenken, warum andere Leute es daneben finden, wie ihr euch auf der Demo in Hoyerswerda benommen habt. Wer kritisiert wird zu eurem/r FeindIn. Wie stellt ihr euch das eigentlich vor, so ganz alleine gegen eine Welt von FeindInnen? Viel Feind - viel Ehr; anders können wir uns das nicht erklären.
Es ist völliger Quatsch, daß das alles "Gewaltlose" waren, die euch in Hoyerswerda behindert haben. Das hättet ihr vielleicht gerne, weil dann das Feindbild wieder stimmen würde. Es geht auch nicht darum, daß ihr in euren Verteidigungsaktionen behindert werdet. Um euch zu verteidigen müßt ihr nicht nach Hoyerswerda fahren. Es geht auch nicht darum, euch vorzuschreiben, wie ihr euch zu verteidigen habt. Es geht darum, daß ihr euch klarmacht, daß euer Handeln auf einer Demo Konsequenzen für die anderen Beteiligten hat, und daß wir uns von euch nicht vorschreiben lassen wollen, wie brutal eine Demo abzulaufen hat. Wenn ihr für eure Aktionen den Schutz einer Demo braucht und benutzt(!), dann könnt ihr gefällig auch Rücksicht darauf nehmen, ob sie von dem Großteil der Demo mitgetragen werden. Und an Aktionen, die wir in einer bestimmten Situation nicht sinnvoll finden, die uns aber mehr in Gefahr bringen als euch, werden wir euch weiterhin hindern. Eben dann, wenn das wirklich notwendig ist, um uns zu verteidigen - und nur dann. Eine Demo ist nicht nur Verteidigung, sondern ein Schritt nach vorn in die Richtung, wo wir hinwollen. Sich gegen Fascho-Übergriffe zu wehren und weitere zu verhindern ist nur ein Teil der Auseinandersetzung, die wir gerade führen. Die Mittel, die wir dabei u.U. anwenden müssen, lassen sich aber nicht auf den Kampf um die Herzen und Köpfe der Menschen anwenden, den wir auch noch führen müssen.
Es war nicht die Demo der Gewaltlosen. Es war aber auch nicht nur eure Demo, sondern die Demo von allen, die dabei waren, und der weitaus größte Teil davon hat die Situation nun mal anders eingeschätzt als ihr.
Ihr verfolgt eine Politik der Bestrafung und folgt damit genau der Logik des Staates. Wir kämpfen für eine Gesellschaft ohne Knäste und wissen warum. Die Philosophie der Strafe ist die Grundlage für Staat und Diktatur, aber nicht die für eine freie Gesellschaft. Bestrafung hat immer mit Machtausübung über andere, mit HERRschaft zu tun. Deshalb darf sie, wenn überhaupt, nur das allerletzte Mittel zum Selbstschutz sein. Daß es das bei euch nicht ist, zeigt sich daran, daß die Drohung mit Strafe der Weg ist, mit dem ihr sogar gegen die Szene vorgeht. Anders ist euer Brief für uns nicht zu verstehen.
Wir sehen es nicht ein, wegen der brutalen Übergriffe der Faschos alle Ideen über den Haufen zu werfen, die wir zur Verwirklichung unserer Utopie entwickelt haben. Dazu gehört auch ein anderer Umgang miteinander.

Gegen ein antifaschistisches Kriegsrecht!

Für eine HERRschaftslose Gesellschaft!



Libertäre Männergruppe Bremen

"...erwarte keine andere Antwort als die deine!" (B.Brecht)

Versuch einer Antwort auf H.Schenks Kritik "Die Autonomen machen keine Fehler, sie sind der Fehler!!" (Interim Nr. 166)

Obwohl H.S.' Kritik an der autonomen Bewegung vernichtend ist, hat sie ziemlich viel Zustimmung bekommen. Anscheinend hat er vielen Autonomen aus dem Herzen gesprochen. Viele einzelne Punkte mögen böswillig oder oberflächlich sein, aber eine ganz Reihe sind auch ziemlich genau getroffen.

Wir können kaum bestreiten, daß

- unsere Beziehungen untereinander von Härte und Unverbindlichkeit bis hin zu Desinteresse gekennzeichnet sind,
- daß es kaum ein Bewußtsein darüber gibt, daß wir unsere eigene Geschichte aufbewahren und Erfahrungen weitergeben müssen; entsprechend wird das auch nicht systematisch angefaßt,
- daß so, wie wir uns gegenseitig (und auch selbst) unsere Ansprüche um die Ohren hauen, daran nicht unsere Fähigkeiten sondern nur Angst und schlechtes Gewissen wächst,
- daß wir ein distanziertes, oft ziemlich beliebiges und dadurch instrumentelles Verhältnis zu den Menschen haben, auf die wir uns "beziehen", also die wir zu agitieren oder zu mobilisieren versuchen.

Zu recht weist H.S. darauf hin, daß diese Form von Unorganisiertheit, die wir als politischen Inhalt verteidigen, von ihrer Erscheinungsform her recht gut in die Struktur der mondernen Industriegesellschaft paßt (Auseinanderfallen aller Bindungen, EinzelkämpferInnentum als herrschende Ideologie - die "post-fordistische Gesellschaft"), insofern keine Sprengkraft mehr gegen das System sein kann.

In seiner Kritik kommt H.S. immer wieder auf das Prinzip zurück, in dem er die Ursache dafür sieht, daß die Autonomen eben nicht nur Fehler machen, sondern der Fehler SIND: den Subjektivismus.

H.S. sagt wenig dazu, wie er den Begriff versteht. Ich hab das Gefühl, daß er alles das, was er selbst als verletzend, frustrierend und verwirrend in autonomen Zusammenhängen erlebt hat, auf diesen Begriff projeziert. Die einzige Definition, die ich im Text gefunden habe, ist die: "...voluntaristischer Subjektivismus, d.h., daß die Revolution dann stattfindet, wenn die Menschen es wollen."

Nun, das ist sowieso eine Selbstverständlichkeit; mit der Definition können wir also nicht viel anfangen. Weil er den Subjektivismus im Text aber immer wieder als Begründung heranzieht, habe ich mal nachgeschaut, was so die Definitionen des Begriffs sind:

"Die Lehre, daß Form und Inhalt des Erkennens vom Subjekt bestimmt werden..., im ethischen Bereich relativiert der Subjektivismus alle sittlichen Werte, die nicht allgemeingültig sondern vom persönlichen, subjektiven Empfinden des einzelnen bestimmt seien" (dtv-Lexikon)

"...die Auffassung, daß bei der Beurteilung beliebiger Sachverhalte ihre Bezogenheit auf das abstrakt aufgefaßte menschliche Subjekt, etwa in form einer abstrakten Nützlichkeit für den Menschen, der primäre Gesichtspunkt ein müsse (dieser Subjektivismus kommt z.B. in den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern in form einer bornierten Selbstsucht und einer beschränkten, vulgären Konsumentenideologie zum Ausdruck)" (G. Klaus, Philosophisches Wörterbuch, DDR)

"Ansicht, nach der das Subjekt (das ich) das primär Gegebene sei, alles andere Schöpfung des Bewußtseins dieses Subjekts (Verneinung objektiver Erkenntnisse, Werte, Wahrheiten)" (Duden-Fremdwörterbuch)

So wie H.S. den Begriff einsetzt, bezieht er ihn aber nicht so sehr auf das Ich als Ausgangspunkt des Erkennens und Urteilens als auf Lust oder Unlust des einzelnen Subjektes, und das kann sich ja nun ständig ändern.

Ich denke, er verwechselt hier Subjektivismus mit Voluntarismus, in unserer Sprache: das Bock-Prinzip. Das bedeutet, keinerlei Verbindlichkeiten einzuhalten, die Forderungen, die mensch gestern noch an die anderen gestellt hatte, heute vom Tisch zu wischen, wenn sie einem/r lästig sind, usw.

Das ist aber gerade das Gegenteil von Subjektivismus, wie ich ihn als konstituierend für das autonome Politikverständnis ansehe.

Wir sprechen von der "Politik der 1.Person" und meinen damit, daß wir nicht stellvertretend für andere handeln können und wollen. Es gibt nichts und niemand, auf dessen Auftrag und Legitimation wir uns dabei berufen könnten. Jede Rechtfertigung unseres Handelns fällt auf uns selbst zurück und muß in uns selbst begründbar sein. Und zwar letztlich in jedem/r einzeln. Das entspricht der materialistischen Auffassung, daß die letzte Handlungsmotivation immer im eigenen Interesse begründet liegt.

Das klingt nach genau der Ideologie, die die völlig vereinzelte und damit ohnmächtige Gesellschaftsstruktur aufspannt, von der wir Teil sind und unter der wir leiden. Das stimmt aber nicht. Denn das eigene Interesse ist auf komplizierte Weise mit dem Interesse anderer verbunden. Solidarität ist danach das Eingreifen im Konflikt zwischen anderen aus der Erkenntnis heraus, daß es dabei um die eigenen Interessen geht.

Diese Motivation unterscheidet sich durchaus von der, die sich auf einen moralischen Imperativ stützt, die durch Gruppendruck erzwungen wird oder die durch das Versprechen einer Bezahlung im Jenseits erkauft wird.

Nun überprüfe ich nicht bei jeder Gelegenheit, wie ein Verhalten, zu dem es mich drängt, auf die Wahrnehmung meiner eigenen Interessen zurückzuführen ist. Ich denke, es bildet sich in der Auseinandersetzung damit sowas wie ein Rechts- und Unrechtsbewußtsein heraus, das verhaltensbestimmend wird und in dem die Erfahrung, was dem eigenen Interesse dient, aufgehoben ist. Je mehr dieses Rechtsbewußtsein von der EIGENEN Erfahrung und Auseinandersetzung bestimmt ist und je weniger von gesetzten und blind übernommenen Werten, desto stabiler dürfte es im Leben eines/r jeden von uns handlungsbestimmend sein. Das ist der Grund für antiautoritäres Verhalten.

Eine antiautoritäre Haltung ist auch die Basis der autonomen Bewegung. Sie ist aber einen Schritt weiter als die autiautoritäre Bewegung von vor 20 Jahren, jedenfalls in der Theorie: Sowohl die Bindung an die Autorität alsauch die Rebellion dagegen bleiben im Prinzip an diese gebunden. Erst der Versuch einer EIGENEN Bestimmung ist der Schritt in Richtung der Befreiung. "Autonom" heißt,eigenes Gesetz! D.h. der Name ist Programm!

Nun ist die gängige Vorstellung (auch ich hab bisher keine andere gefunden) daß der Weg in die Selbstbestimmung nur im Kampf gegen die Fremdbestimmung gefunden werden kann. Das hat Konsequenzen, auf die ich gleich noch zurückkomme.

Kampf gegen die Gewalt, mit der ich konfrontiert werde, heißt, Kampf gegen den Herrschaftsanspruch über mich. Das heißt, Kampf gegen den Anspruch auf Verantwortung für mich, mit der die Herrschaft begründet wird. (Herrschaft wird praktisch immer mit Verantwortung begründet, bzw. mit der Unfähigkeit der Beherrschten, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen). Mit dem Anspruch auf Selbstbestimmung fällt also auch die Verantwortung auf mich selbst zurück, und zwar vollkommen! Ich kann niemandem anderen mehr die Schuld geben, wenn es mir schlecht geht. (Jede politische Argumentation, die auf der Empörung über zugefügte Gewalt aufbaut, schreibt ein stückweit die Verantwortung anderer dafür fest, und damit auch die Herrschaft, gegen die sich die Argumentation ja richten soll!)

Heißt das nun, daß wir als Autonome immer selbst-geißelnd die Ursachen aller Scheiße bei uns selbst suchen müssen? Keineswegs: es gibt einen Unterschied zwischen "Ursache" und "Schuld". Die Ursache von etwas herauszufinden, dient dazu, ein angemessenes Handeln zu entwickeln, um sich dagegen zu wehren. Anderen die Schuld für etwas zu geben, heißt, unter Berufung auf ein gemeinsames Rechtsverständnis ein anderes Verhalten einzuklagen (Schuld kommt von: etwa schulden!)
Aber da kann man lange warten und klagen. Ich bin davon überzeugt: verändern kannst du letztlich nur das eigene Verhalten, die Verhaltensänderung der anderen ist allenfalls eine Reaktion darauf.

Also mit der Selbstbestimmung fällt auch die Verantwortung vollkommen auf uns selbst zurück. Das ist aber gerade der Grund, warum Voluntarismus in diesem Rahmen eigentlich ausgeschlossen ist. Wenn ich die Konsequenzen meines Handelns immer selber tragen muß, kann ich es mir kaum leisten, einfach meinen Lüsten und Unlüsten nachzugeben. Das kann ich gerade nur, wenn ich weiß, das notwendige zu tun, kann ich im Zweifelsfall jemand anderes aufdrücken, also wenn ich weiß, daß es immer noch ne Instanz nach mir gibt. Das heißt, ernstgenommene Selbstverantwortung erzwingt auch in einem gewissen Maß Selbstdisziplin. (Wie sich die Notwendigkeit von Selbstdisziplin mit der Notwendigkeit, die angestrebten Ziele auch immer wieder selbst infrage zu stellen, verträgt, das zu untersuchen, geht mir hier zu weit.)

Zurück zu dem Punkt, daß die Selbstbestimmung über den Kampf gegen die Fremdbestimmung führt: Die wütendsten Kämpfe führen wir da leider gegeneinander! Ich weiß auch nicht, warum, vielleicht, weil sie das nächstliegende sind. Der Hauch einer Erwartung, ja, schon der leidende Gesichtsausdruck wird oft als eine Forderung, somit als ein Versuch gewertet, uns einen fremden Willen aufzuzwingen. Je besser jemand, geschädigt durch solche Erfahrung, sein/ihre Wünsche vor anderen zu verbergen versucht, desto hinterlistiger und somit potentiell gewaltsamer erscheinen denen die vermuteten Ansprüche. Aber die Abwehr wird nun auch nicht mehr ausgesprochen, sondern nur noch durch Abwehrhaltung signalisiert. So arbeiten wir uns wortlos aneinander ab und rücken dabei emotional oft immer weiter auseinander.

Den meisten, die Angst vor dem Verlust ihrer Freiheit und Selbstbestimmung durch die Wünsche anderer haben, fehlt die Erfahrung, daß sie schlicht und einfach "Nein" sagen können und dürfen. Das bringt sie dazu, alles, was sie in die Situation bringen könnte, "Nein" sagen zu müssen, schon im Vorfeld zurückzuschlagen.

Im Extrem: was wir den Flüchtlingen gegenwärtig an Fürsorge förmlich aufdrängen, verweigern wir uns gegenseitig hartnäckig; wo wir da alle Anstrengungen aufwenden, verständnisvoll und solidarisch zu sein, werden wir untereinander hart und gleichgültig.

Um sich in solchen Verhältnissen zu behaupten, muß mensch schon eine wahnsinnige eigene Willenskraft aufbringen, die wiederum mit der Klarheit der eigenen Zielvorstellungen zu tun hat; aber wer kann schon aus sich selbst heraus Ziele finden und klar behalten...? Viele fallen dabei durch die Roste, so wie H.S. das auch beschrieben hat. Zu spät erkennen die anderen, daß die vermeintlichen Ansprüche nichts anderes als Hilferufe waren.

Eine andere Konsequenz ist, daß wir das Gefühl dafür verlieren, was Schmerzen zufügt. Es ist ein seltsames Phänomen bei vielen Autonomen, daß sie äußerst brutal im Austeilen von Schlägen, aber sehr empfindlich im Einstecken derselben sind. Was das, genauer betrachtet, für Ursachen hat, kann ich so aus dem Stand nicht sagen, aber was es für Folgen hat: Gemessen daran, wie mensch sich selbst durch eine Kritik angekachelt fühlt, kommt es einem/r viel zu schwächlich vor, einfach zu sagen: ich will das und das nicht, oder: das und das finde ich nicht richtig. Die eigene Meinungsäußerung wird aufgerüstet mit beißender Ironie, mit einem bombastischen Vokabular, mit donnernden, doch von allen anerkannten Prinzipien, usw. Es war ja wirklich nur eine Frage der Zeit, bis die seelischen Schläge, die wir uns dauernd zufügen, in körperliche Prügel umschlagen.

Ich kann also vieles der Kritik von H.S. nicht nur unterschreiben, sondern sogar noch eins draufsetzen. Aber welche Konsequenzen zieht er daraus?

Er will "austreten" sagt er. Aber wenn er glaubt, er kann austreten, dann ist er nie "eingetreten". Die Autonomen sind keine, wenn auch noch so diffuse Organisation. Autonomie ist eine innere Haltung. Wer sich einmal dazu durchgerungen hat, die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen, wird wohl schwerlich dahinter zurückfallen können, selbst wenn er/sie daran verzweifelt.

Die ganze Art, wie H.S. seine Kritik vorbringt, zeigt, daß er in der autonomen Szene etwas gesucht hat, was diese nicht ist und aus ihrem Selbstverständnis auch nicht sein kann: eine politische Heimat, die Kraft und Orientierung gibt, die die Anstrengungen mit Schutz und Geborgenheit belohnt. Er klagt die autonome Bewegung an, als wäre ihm diese irgendetwas schuldig, als hätte sie ihm etwas versprochen.

Er versucht, die Szene anzugreifen, aber wo er hingreift, ist Nebel; alles fällt auf ihn selbst zurück. Nun sucht er eine neue (alte) Verkörperung von Kollektivität, die sich greifen läßt. Die läßt sich aber natürlich nur greifen um den Preis, daß sie auch die Verantwortung an sich zieht, d.h., sie muß Unterwerfung unter die herrschende Rationalität fordern. H.S. also möchte sich, erschreckt über die Kälte der Freiheit, zurückfallen lassen in den Schoß der Autorität. Wenn ihm das möglich ist, dann war er in der autonomen Bewegung wirklich falsch.

Aber die Freiheit, die nichts ist als Härte und Kälte, als die Gesetze der Freien Wildbahn, die hat ja nun wirklich nichts attraktives. Doch ich glaube, so sind die Verhältnisse nicht vollständig beschrieben.

Es gibt eine Geborgenheit in der Kollektivität, sie setzt die Bereitschaft zur Selbstverantwortung voraus und ermöglicht sie gleichzeitig. Die Balance des Konfliktes in autonomen Zusammenhängen, die zwischen dem/r Einzelnen und dem Ganzen pulsierende Kraft, das ist etwas sehr schwer begrifflich zu fassendes. Noch schwerer, vielleicht sogar unmöglich ist es, sich daraus ein erfolgversprechendes Verhaltensmuster zu stricken. Und ich denke, es kann sich darin auf die Dauer nur aufrechterhalten, wer keine Alternative hat.

Zurück zu den Kritikpunkten von H.S. Ich habe gesagt, daß ich sie zu einem großen Teil berechtigt finde. Sie sind daher mit dem Grundsätzlichen, was ich hier auszuführen versucht habe, auch nicht erledigt. Aber das sollte doch wenigstens zeigen, WIE mit den Kritikpunkten umzugehen ist: Wenn jemand die Verhältnisse wirklich verändern will und nicht nur eine Rechtfertigung für das eigene Aufgeben sucht, dann muß er/sie solange und so hartnäckig "Warum?" fragen, bis die kritisierten Phänomene auf ihren Kern des falsch verstandenen (oder unterschiedlichen) Interesses zurückgeführt sind. Dann läßt sich daraus auch ableiten, was er/sie tun kann.

Lotta





<u>Noch ein ketzerisches Papier</u>

In den letzten Nummern der Interim sind verschiedene Papiere von Heinz Schenk veröffentlicht worden, leider ohne dadurch eine intensive Diskussion angeschoben zu haben - wenigstens was die Resonanz in der Interim betrifft, wenn man von der plumpen Polemik der Redaktion oder der hilflosen Zustimmung Roy Blacks absieht, der meint, konkret noch Dinge verändern zu können. Seine Begründung, daß eine andere Kraft jenseits der Autonomen nicht in Sicht ist, ist charakteristisch für alle Autonomen, mit denen ich bisher über die Heinz - Schenk - Papiere diskutiert habe und die der Kritik "im Prinzip zustimmen". Das Prinzip dieser Kritik liegt aber gerade darin, die Notwendigkeit einer nicht mehr "autonomen", revolutionären Politik zu begründen. Diese Notwendigkeit wird aber von den meisten oft aus Unsicherheit ("Mit wem wollt ihr das denn machen ?") oder aus Traditionalismus geleugnet. Ich möchte versuchen, diese Notwendigkeit noch einmal deutlich zu machen, und zwar anhand der "autonomen Prinzipien", die ein Genosse in der Interim 165 zusammengestellt hat und die wesentliche Teile der autonomen Ideologie gut kurz umreißen (denn sie haben trotz ihrer Heterogenität eine gewisse Ideologie, auch wenn sie das gern leugnen):

1. "Keine Zusammenarbeit mit Bullen, Medien, Parteien und dogmatisch autoritär bis stalinistisch orientierten Gruppen." Dieses Gebot resultiert, so der Genosse, aus "der klaren Erkenntnis von den Machtstrukturen dieses Systems." So klar kann die Erkenntenis aber nicht sein, wenn die Bullen als strukturelle Gewalt aufgefaßt werden, "genauso wie Gropiusstadt etc.". Die Bullen sind aber gerade der handgreiflichste Teil (an Knüppel muß ich hier wohl keinen erinnern) des Repressionsapparats, den die herrschende Klasse zur Absicherung ihrer Interessen gebraucht. Die Gropiusstadt stellt andererseits die Umsetzung der Warenideologie des Kapitalismus dar: Sie ist einer der praktischsten und billigsten Wege, die Ware Arbeitskraft (also Menschen!) aufzubewahren - ein Teil der "strukturellen Gewalt" also, wenn mensch diese Begriffe unbedingt verwenden will, denn sie erklären letztlich das kapitalistische System überhaupt nicht. Genausowenig erklärt die Zusammenstellung der Institutionen, die der Genosse vorgenommen hat, sie entspricht höchstens dem allseits beliebten Schimpfwort "Schweinesystem". Während RevolutionärInnen natürlich nicht mit dem Repressionsapparat zusammenarbeiten können, sollten sie die Widersprüche, die es im bürgerlichen Lager, z. B. bei den Parteien oder in den Medien gibt, durchaus für sich ausnutzen. Das tun teilweise auch die Autonomen (ohne das allerdings in eine Strategie einzubetten): Z. B. ist die taz bei aller Lügenberichterstattung durch die Heterogenität ihrer MitarbeiterInnen und ihrer LeserInnen immer noch brauchbare Infrastruktur für viele autonome Aktivitäten oder die AL lange Zeit ein Bündnispartner bei der Durchsetzung konkreter Forderungen gewesen. Die moralische Abgrenzung erstezt aber in der autonomen Debatte allzu oft eine auf Analyse basierende Ablehnung bzw. taktische Zusammenarbeit. Einerseits werden also moralische Prinzipien aufgestellt (für einen anderen, den kulturellen Bereich, hat Heinz Schenk das schon prima erklärt), andererseits sagt unser Genosse:

2. "Wir begreifen uns nicht als AufklärerInnen, PropagandistInnen und BesserwisserInnen. D. h., daß wir keine StellvertreterInnenpolitik und -kämpfe führen." Das elitäre Bewußtsein der autonomen Szene hat Heinz Schenk schon genug auseinandergenommen. Die Tatsachen - der geradezu moralische Zeigefinger an die oft so genannten "Normalos" und auch an die GenossInnen - entlarven diesen Punkt genau als das verhaßte Wort: Propaganda. Propaganda haben die Autonomen immer betrieben, und RevolutionärInnen werden sie in einer Gesellschaft, in der das Kapital in allen Lebensbereichen die kulturelle Hegemnie hat, wo der Mensch nur als austauschbare Ware bzw. Warenkäufer etwas "wert" ist und das von der Masse in den imperialistischen Zentren widerspruchslos akzeptiert wird, auch immer nötig haben. Was revolutionäre Propaganda aber von dem autonomen Missionsdrang, wie es Heinz Schenk ausdrückte, unterscheiden muß, ist, daß sie die unterschiedliche Realität / das Bewußtsein der Menschen nicht nur erkennt, sondern auch respektiert. EinE RevolutionärIn sollte durchaus Menschen lehren, aber gleichzeitig immer bereit sein, von ihnen zu lernen, denn er/sie hat ja auch als RevolutionärIn nur einen bestimmten Erfahrnugsschatz und auch ein von seiner/ihrer sozialen Realität bestimmtes Bewußtsein (viele Autonome sind z.B. Kleinbürger - ich auch -, auch wenn das ungern zugegeben, dafür aber umso lieber anderen zugeschrieben wird).

3. "Unsere Kampfmittel und -methoden bestimmen wir selbst. Die

Bandbreite mißt sich immer an dem, was wir ereichen wollen, gemeinsam. Vom taktisch motivierten Verhandeln bis zur militanten Auseinandersetzung ist alles drin. Folgerichtig führen wir keine Gewaltdiskussionen, denn alle Widerstandsformen sind erlaubt, müssen sich allerdings auf ein gemeinsames Wollen hin ausrichten." Der Trotz, der aus diesem autonomen Dogma klingt, ist unüberhörbar - der Behauptungswille des Militanzfetischs gegenüber den "Peacies", da die Militanz mangels einer dialektischen Analyse der Realität und einer darauf aufbauenden revolutionären Strategie auch praktisch die einzig verläßliche Abgrenzung zum Reformismus verspricht. Revolutionäre Politik wird immer Gewalt anwenden, aber das ist doch eine fundamental andere Gewalt als die repressive Gewalt des jeweiligen zu bekämpfenden Systems. Und um diese Erklärung werden wir nie herumkommen. Gewalt ist nur ein notwendiges Mittel in bestimmten Situationen zur Erreichung eines Ziels (und nicht das Ziel selbst) und als solches unterliegt es wie alle anderen Bestandteile revolutionärer Politik der Diskussion. Ein revolutionärer Prozeß wird schließlich nur dialektisch, d.h. durch Widersprüche und ihre Wirkung vorangetrieben - Diskussionen zu tabuisieren heißt immer Widersprüche zu unterdrücken (wohin das führt, hat uns die UdSSR gezeigt). Aber natürlich sollen RevolutinärInnen bestimmen, mit wem sie diskutieren, mit wem sie zusammen kämpfen wollen; das hängt von den objektiven Verhältnissen ab, in denen sie leben und nicht von einem diffusen "Wollen". Dieses "gemeinsame Wollen" ist nämlich auch nur ein autonomer Mythos, auch wenn unser uns schon wohlbekannter Genosse meint:

4. "Es gibt kein Anerkennen von Hierarchien und FührerInnen..."

Die Mutter dieses Gedankens / Dogmas ist die Organisationsfeindlichkeit der Autonomen, die sich Hierarchien und FüherInnen mit Vorlieb als böse KommunistInnen mit vielen Orden, einem ZK - Posten und langen Titeln vorstellt. Das führt ganz einfach zu einem gigantischen Selbstbetrug: In der Praxis stehen ganz oben in der Bewunderungs- / Mythologisierungsskala der Autonomen unausgesprochen aber ebenso unangefochten die bewaffneten KämpferInnen (RAF, RZ...). Mensch bedankt sich bei ihnen für einen gelungenen Anschlag (1989 an den Wänden der FU nach der Herrhausenexplosion), aber kritisiert die Strategie der Heroen / Heroinen nicht - allenfalls einzelne Aktionen oder Papiere. Die Hierarchie innerhalb der Autonomen gibt es aber auch, sie ist das genaue Gegenteil des kommunistischen

EIN WITZ?

Funktionärsfeindbildes - dafür aber nicht weniger wirksam. Man könnte diesen aktivsten, praktisch führenden Teil der Autonomen auch zentralen Klüngel nennen. Innerhalb der strukturlosen Szene gibt es Leute, die sich durch lange Arbeit/ Organisierungen Anerkennung erwarben. Ihr Wort gilt auf VVs, sie führen die für die Tagespolitik entscheidenden Diskussionen abgeschlossen und nicht im autonomen Medium Interim. Man/ frau kennt sich, aber Otto /Lisa DurchschnittsautonomeR kennt sie kaum (geschweige denn die Fraktionen, in die sie gespalten sind - räumlich wie ideologisch). Sie bleiben meist ungreifbar, sind also auch nicht kritisierbar. Ihre bevorzugte Antwort auf solche / meine Kritik ist: "Du bist doch auch Teil von etwas, Du kannst doch auch wie ich..." Irrtum, wenn mich noch kaum jemand kennt, kann ich nicht, ich muß mich erst profilieren, erst Leistung zeigen (wie überall im Kapitalismus), bevor mir zugehört wird etc.: Individualistische Selbstbehauptung im personalen Geflecht des Klüngels statt kollektiver Lehr- und Lernprozeß. Und es bleibt dem Zufall überlassen, einmal Klüngelleute kennenzulernen, die einem ihre Erfahrungen individuell / einzeln vermitteln,- in der kapitalistischen "Außenwelt" sagen "die Normalos" schlicht "Vitamin B" zu so etwas.

Selbstverständlich wird es immer in einer revolutionären Bewegung Menschen mit mehr Erfahrung geben und solche, die erst neu dazugekommen sind. Aber RevolutionärInnen müssen immer daran arbeiten, selbst kritisierbar / greifbar für die GenossInnen zu sein und müssen jüngere / neue Leute an die Übernahme von Verantwortung heranführen. Es geht RevolutinärInnen um Emanzipation und nicht um Profilierung und ein Hinter - den - Kulissen - Agieren in der eigenen Bewegung. Der Satz "wir brauchen Euren Mut und Ihr unsere Schlauheit" charakterisiert das Dilemma, in das die Klüngelpolitik führt. Unterschiedliche Erfahrungen von Theorie und Praxis werden hierarchisiert und nicht dialektisch in einem kollektiven Prozeß verarbeitet, statt die Widersprüche auszutragen und wechselseitig voneinander zu lernen, um zu einer neuen, richtigeren Politik zu kommen, pißt man sich z.B. nach so einer niederschmetternden Demo wie Hoyerswerda gegenseitig an (weil man schon längst nebeneinander her Politik macht und ein gemeinsamer Prozeß immer schwerer wird im allgemeinen Subjektivismus).

Funktionen von Menschen sind nicht prinzipiell schlecht, aber sie müssen durchschaubar und veränderbar sein, - ein persönlicher Klün-

gel ist vielleicht dauerhafter als eine Parade von Titeln (um nicht mißverstanden zu werden: Ich will beides nicht.). Eine revolutionäre Bewegung sollte Menschen haben, die zu ihrer Verantwortung stehen (und diese auch wieder abgeben, wenn nötig) und in ständigem Diskussionsprozeß mit allen stehen (durch praktische Arbeit, durch Delegiertenstrukturen und die Medien der Bewegung). Doch dazu müssen die, die diese Aufgabe für grundlegend halten, etwas völlig Neues schaffen.

"Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue dem internationalen Sozialismus wahrhaftig genug geleistet, was unter so verteufelt schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stükken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen."
(Rosa Luxemburg)

Die russischen Revolutionäre, die Lenin - Trotzki wie Rosa sagt, verbindet hier einiges mit den Autonomen in Deutschland. Diese sind im engen Rahmen der BRD immerhin die einzige relevante radikale Kraft, die den deutschen Imperialismus nicht nur kritisiert, sondern auch immer praktisch zu bekämpfen versucht. Aber sie haben es versäumt, aus ihrer Bewegung, die als radikale Ablehnung des gescheiterten K - Gruppen - Ansatzes der 70er begriffen werden kann, eine neue Organisationsform zu schaffen. Unter ständigen Angriffen und Integrationszwängen des Systems vertuschen sie ihre Fehler (die ich selbst auch alle mitgemacht habe und teilweise noch mitmache), verteidigen ihr Mangelmodell und erheben es zum Vorbild revolutionären Handelns (siehe den Genossen aus der Interim Nr. 165).

So weit erstmal.

Roberto Blanco





THIS IS A LOVE SONG !!!

Wir gehen davon aus, daß zu dem "Not a love song" des Traditionszusammenhangs aus den RZ (Abdruck Interim, auch Radikal Nr144) deshalb sowenig Schriftliches gekommen ist, weil darin keine Anregungen zur Diskussion um Perspektiven und Fehler des militanten und bewaffneten Widerstandes enthalten waren.
Die einen fanden das Papier rundweg Scheiße, die anderen fanden es gut, weil es ihre Verunsicherung bestätigte und ihren Zweifeln gegenüber militanter Poltik durch den achso berühmten Namen Legitimation verschaffte.

Wir möchten dieses Papier nicht so stehen lassen! Damit sich dieses Papier nicht als Weisheit letzter Schluß festbrennt, wollen wir die Punkte nochmal aufzeigen, an denen es der Desorientierung und den Unsicherheiten bezüglich militanten und bewaffneten Widerstands Vorschub leistet.

Der Vorspann des "Traditions"zusammenhanges über das Zusammentreffen nicht mehr ganz so junger Männer finden wir überhaupt nicht witzig, sondern eine traurige Darstellung der patriarchalen Umgangsformen von Männern. Anstatt diese ätzenden Strukturen infrage zu stellen und die Notwendikeit der Veränderung zum politischen Thema zu machen, soll diese traurige Selbstdarstellung wohl der Auflockerung dienen.
Lieber "Traditions"zusammenhang, mit Eurer Verarschung antipatriarchaler Denk- und Handlungsansätze befindet sich Eure Gruppe in guter Tradition und leider überhaupt nicht außerhalb von Zeit und Raum, weil Eure Positionen gerade wieder innerhalb der autonomen weißen Männerstrukturen salonfähig werden. Der notwendige antirassistische Kampf wird doch gerade dazu benutzt antisexistische Ansätze stillschweigend zurückzudrängen.

Wir hätten von Euch erwartet, daß Ihr Eure eigenen Erfahrungen selbstkritisch aufarbeitet und uns zur positiven Diskussion stellt. Statt aber Eure Strukturen und Inhalte kritisch zu beleuchten und Überlegungen anzustellen, was der Umgang mit(?)einander und die politischen Inhalte zu tun haben mit den Desorientierungen einer bislang recht traditionell ausgerichteten Linken, wütet Ihr wie die Axt im Walde. Ihr gebt nur negative Antworten vor, ohne auch nur eine positive Frage an die wenigen, noch militant agierenden Gruppen zu stellen und verurteilt in typischer Männermanier die Taten anderer. Werden hier nicht die eigenen Zweifel gegen andere gewendet? Warum unterschlagt Ihr die Aktion der "Flammenden Herzen", des "wilden Haufens des Thomas Müntzer" aber auch beispielsweise die Sprengung zweier Pipelines mit Eurem(?) Markenzeichen ? War die Axt da zu stumpf ?

Auch wir finden es notwendig, die inhaltlichen und praktischen Fehler militanter Gruppen zu diskutieren. Auch wir sehen die Gefahr, daß die Desorientierung linke Gruppen "Auswege" in militaristischen Konzepten suchen läßt oder aber der Resignation das Wort redet. Eure Aussage, daß der Einsatz revolutionärer Gewalt in den beschissenen Zeiten ein besonderes Maß an Genauigkeit und Verantwortung bedarf, finden wir irreführend, denn diese Genauigkeit ist immer absolut notwendig! Wir würden uns diese Genauigkeit von Euch auch in der politischen Auseinandersetzung wünschen.
Es ist nicht nur ungenau, sondern völlig unzuläßig, alle von Euch genannten Aktionen über einen Kamm zu scheren. Der Globalvorwurf des verantwortungslosen Aktionismus, mit dem Ihr versucht eine Gemeinsamkeit zwischen den Aktionen (Stichwort;Goldelse,Reichstag,Beschuß der Botschaft u. Ermordung H.Kleins) herzustellen, gibt nichts her für eine fruchtbare Auseinandersetzung. Wenn Eure Kritik tatsächlich den Sinn haben sollte, daß die betreffenden Gruppen daraus lernen könnten bzw. eine fruchtbare Diskussion entsteht, hättet Ihr der Unterschiedlichkeit dieser Gruppen Rechnung tragen müssen. Den verschiedenen Aktionen lagen faktisch unterschiedliche Motivationen, Inhalte und Ziele zugrunde. Eine Kritik muß folglich auch differenzierter vorgetragen werden.

Zum Beispiel haben wir an dem Versuch, die Goldelse in Sterntaler zu verwandeln folgende Fragen:
Sind symbolische Aktionen derzeit überhaupt noch sinnvoll, was können sie bewirken, welche Kriterien stellen wir an sie? Gut an der Aktion fanden wir, daß es ein antipatriarchaler Schrittversuch war, aber drückt die schwer verständliche Erklärung nicht nur die Sprachlosigkeit der gesamten weißen Männerlinken in Fragen des antipatriarchalen Kampfes aus, und ist eine Debatte darum nicht notwendiger den je?
Wieder ganz andere Diskussionspunkte sehen wir in der Botschaftsbeschießung. In einer Situation, in der die gesamte Linke den brutalen Massakern der westlichen Welt in der Golfregion hilflos zusieht (Wir scheinen heute schon fast wieder vergessen und uns gut darauf eingerichtet zu haben), verstanden wir

die ungezielte Beschießung der Botschaft eher als Ausdruck ohnmächtiger Wut und Handlungsbereitschaft als ein Hinweis auf eine politische Strategie und Perspektive. Eine inhaltliche Diskussion um die Politik der Roten Armee Fraktion kann nicht an den Schüssen festgemacht werden, sondern muß an einer Diskussion um deren Gesamtkonzept laufen. Für uns steht dabei die militaristische (Armee-Fraktion) Ausrichtung und deren Revolutionsvorstellung (Rote Armee) in Frage, weniger die Idee des bewaffneten Kampfes !
Die Ermordung H. Kleins ist wiederum ein ganz anderes Kapitel. Wenn die Tat tatsächlich nicht z.B durch die Baumafia verübt wurde, sondern von Linken, stellt sich die Frage: Wie kommen Menschen dazu, eine derartige Aktion durchzuführen? Unsere Kritik bezieht sich hier nicht auf Positionen zum Politischen Mord (das Für und Wider ist eine wichtige Diskussion für sich an anderer Stelle), sondern wie leichtfertig sowohl unschuldiges Menschenleben als auch das von H. KLein aufs Spiel gesetzt wurden. Wenn das politische Ziel war, H. Klein ans Licht der Öffentlichkeit zu zerren und ihn gleichzeitig berechtigterweise zu "erschrecken", dann hätte gewährleistet sein müssen, daß sein Leben dabei nicht gefährdet wird. Für unsere militante Praxis gelten klare Kriterien, daß sie nicht mit den Methoden der Faschisten, Bullen und Geheimdienste verwechselt werden können. Wenn diese Kriterien zu verschwimmen scheinen und es unklar geworden ist, wer welche Aktionen warum macht, muß die Diskussion um politische, menschliche und moralische Kriterien immer wieder aufs Neue geführt werden.

Wieder ganz andere Fragen fallen uns zu den "Traditions"zusammenhang der RZ ein, der seine Praxis gegen rassistische und sexistische(??) Ausländerpolitik als ein Mittel unverzichtbarer Intervention betrachtet.
Wie vermeidet Ihr, daß diese Politik- von Euch als Weiße getragen- nicht zur Stellvertreterpolitik verkommt? Wie bestimmt Ihr Eure Position als weiße Metropolenmänner (Arthur,Zorro,Hermann) in diesem Kampf?
Wie schafft Ihr es, Euer patriarchales Verständnis im linken Traditionszusammenhang zu durchbrechen (danach darf es auch mal Krimsekt sein!), damit der Antisexismus in Euren Erklärungen nicht nur eine leere Worthülse bleibt?

Ihr seht es gibt viel zu fragen und zu diskutieren. Eure Verantwortung als militant kämpfende Gruppe ist, Eure Erfahrungen und Fehler zu reflektieren und transparent zu machen, damit Ihr und auch wir, daraus lernen können. Und wenn Ihr dazu beitragen wollt, Klarheiten in die antipatriarchale Debatte miteinzubringen, werden vielleicht wieder mehr love songs möglich werden. Klarheiten und Perspektiven wird niemand von uns nur am grünen Tisch entwickeln, sondern im handelnden Prozeß, in dem wir auch notwendigerweise Fehler machen werden. Statt aus Angst vor möglichen Fehlern jegliches Handeln zu unterlassen, gilt es aus den Fehler zu lernen.

Die politischen Klarheiten werden klare militante Ansätze zur Folge haben.

The "Love Song" composed by "Die Namenlosen", Nov. 91
(Die Melodie macht die Musik, nicht das Markenzeichen)



FILM IM EX

»REVOLT IN SOBIBOR«

In jahrelanger Arbeit haben die Holländerin Lily van den Bergh und der russische Regisseur Pavel Kogan einen Film über den Aufstand im Vernichtungslager Sobibor gedreht, in dem die wenigen Überlebenden von ihren Versuchen berichten, der nazistischen Tötungsmaschinerie zu entkommen. Zwei Jahre nach seiner Uraufführung ist der Film nun auch in Deutschland gezeigt worden. In den Kinos aber wird er wohl kaum zu sehen sein



Die Frage, die im Zusammenhang mit der Vernichtung der europäischen Juden hierzulande mit beängstigender Regelmäßigkeit auftaucht, ist die, warum sie sich nicht gewehrt, sondern wie Lämmer hätten zur Schlachtbank führen lassen. Wer aber so fragt, unterstellt den Opfern der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, daß sie durch Tatenlosigkeit ihre Auslöschung selbst (mit)verschuldet haben, und tariert sein seelisches Gleichgewicht neu aus, indem er das Unbegreifliche, das, was »nie hätte geschehen dürfen«, einer Vorstellung vom Nationalsozialismus integriert, der dieses Regime als zwar üble Diktatur, aber bloß unter anderen, durchaus gleichartigen, gilt, und in der die »Endlösung der Judenfrage« als ein lediglich besonders grausames Blutbad erscheint.

Dieses entlastende Vorurteil hat der Soziologe Ekkehard Krippendorf vor einigen Monaten in der »TAZ« wieder aufgegriffen und als »legitime Spekulation« zur Diskussion gestellt: »Man stelle sich vor, die Kolonnen der Hunderte und Tausende auf dem Weg zu den Güterbahnhöfen hätten sich schlicht hingesetzt, 'Sitzstreik' nennen wir das heute — hätten Polizei, SA, Wehrmacht und SS es gewagt, im Angesicht aller deutschen Zuschauer diese Menschen jeden Alters und Geschlechts zusammenzuschlagen und sie Körper für Körper, widerstandslos und doch mächtig, auf Lastwagen zu verfrachten?« Abgesehen davon, daß die Deutschen diesem Szenario nicht weniger interessiert beigewohnt hätten als der »Reichskristallnacht« und, statt Erinnerungsphotos zu schießen, womöglich selbst mit angepackt hätten, um die »widerstandslosen und doch mächtigen« Körper zu verladen, abgesehen davon also, daß Krippendorf auf Kosten vergaster Juden mit seiner Ideologie des gewaltlosen Widerstands hausieren geht, gibt er damit zu verstehen, daß sie an ihrer Ermordung selbst schuld gewesen seien, weil sie es nicht verstanden, die pogromlüsternen Deutschen für ihre Not zu interessieren, und weil sie kein Vertrauen hatten in die Zurückhaltung einer Killertruppe, deren Tun und Lassen ja bekanntlich von Rücksichtnahme auf ihren guten Ruf bestimmt war. Niemand ignoriert eben ungestraft das Gebot des passiven Widerstands, das von Sitzstreikprofis wie Walter Jens und Krippendorf propagiert wird, die sich bei ihrer Empfehlung auf die Erfahrung anerkannter Fachleute berufen können, wie z.B. auf Franz Stangl, den Kommandanten von Treblinka und Sobibor, der im westdeutschen Gefängnis über seine Empfindungen beim Anblick der jüdischen Opfer befragt wurde. »Er antwortete, er habe gerade erst ein Buch über Lemminge gelesen. Es habe ihn an Treblinka erinnert.« (Raul Hilberg)

Die so harmlos klingende Frage nach der Wehrlosigkeit der Juden versucht jedoch nicht nur, das Unbegreifliche am Verhalten der Täter durch das Verhalten der Opfer zu erklären und damit zu entschuldigen, sie suggeriert auch ein falsches Bild der historischen Tatsachen. Denn selbst in den Konzentrationslagern der Nazis, im Zentrum der Vernichtung also, lief die Tötungsmaschinerie nicht völlig reibungslos. Es gab verzweifelte Versuche von Häftlingen, sich ihrer Mörder zu erwehren. Die bekannteste dieser Widerstandsaktionen fand im Lager Sobibor statt. Bis heute ist darüber wenig bekannt, denn weder sind die Berichte von Überlebenden, die Yuri Suhl in »They fought back« (New York, 1967) gesammelt hat, je auf deutsch veröffentlicht worden, noch wurde der von der Holländerin Lily van den Bergh und dem russischen Regisseur Pavel Kogan hergestellte Dokumentarfilm »Revolt in Sobibor« bisland in Deutschland gezeigt. Im Rahmen einer Ausstellung mit Photos von Abraham Pisarek wurde der 1989 fertiggestellte und im gleichen Jahr mit dem zweiten Preis des Internationalen Dokumentarfilm-Festivals in Amsterdam ausgezeichnete Film jetzt in Berlin vorgestellt.

Vier Jahre lang hatte Lily van den Bergh recherchiert, die wenigen über die ganze Welt verstreuten Überlebenden des Aufstands von Sobibor gesucht und befragt. Herausgekommen ist ein Zeitzeugenbericht über ein weitgehend unbekanntes Ereignis, das in der Geschichte der Konzentrationslager eine wichtige Rolle gespielt hat. Um zu vermeiden, sie auf ihre Funktion als Führer des Aufstands oder als Überlebende zu reduzieren, zeigt van den Bergh die von ihr Interviewten immer wieder in ihrer alltäglichen Umgebung und in ihrem Beruf. Doch indem sie über ganz alltägliche Dinge sprechen, kommt zwangsläufig die Vergangenheit zur Sprache, in der die Nazis sie daran hinderten, ein ganz normales Leben ganz normaler Leute zu führen. Und im Unterschied zu denjenigen, von denen Primo Levi berichtet, daß ihnen die »Scham«, zufällig und durch 'günstige Umstände' überlebt zu haben, den Mund auf immer verschloß, haben die Davongekommenen aus Sobibor kaum Probleme, über ihre Zeit im Lager zu berichten, weil sie ihre Flucht selbst initiierten.

Nicht empfohlen werden kann der Film denen, die sich aufgrund des Titels einen Action-Film erwarten. Denn er enthält sich jeder Aufstandsromantik und jeder Verklärung des Widerstands. Aus kleinen, collageartig zusammengefügten Reminiszenzen der Befragten fügt er langsam ein Bild, eine in der Erinnerung unscharf gewordene Momentaufnahme. Diese Erinnerung aber ist der einzige Grund, warum wir heute überhaupt von Sobibor wissen, denn nach dem Aufstand wurden sämtliche im Lager verbliebenen Juden getötet. Anschließend kommandierten die Nazis dreißig Juden aus Treblinka nach Sobibor, die das Lager vollständig zerstören mußten und danach erschossen wurden. Erst durch die Berichte der Geflohenen wurde bekannt, daß in Sobibor ein Konzentrationslager existiert hatte. Übriggeblieben ist ein Denkmal, eine Bahnstation und ein Hügel aus Asche.

Als am 20. Januar 1942 auf der Wannseekonferenz die »Endlösung der Judenfrage« beschlossen wurde, erhielt der SS-Generalleutnant der Polizei, Globocnik, die Order, alle im deutschen Herrschaftsbereich lebenden Juden zu töten. Zu diesem Zweck wurden drei Vernichtungslager eingerichtet: Treblinka, Belzec und Sobibor. Am 8. Mai 1942 waren die Vernichtungsanlagen in Sobibor funktionsfähig. Das Lager selbst war ungefähr sechzig Hektar groß und soll den Neuankommenden einen netten Anblick geboten haben mit Gardinen an den Fenstern und Blumentöpfen. Es war in fünf Zonen unterteilt: Im sogenannten »Vorlager«, das sich direkt an der Bahnstation befand und in dem sich ungefähr 40 SS-Leute und 250 ukrainische Wachen aufhielten, befanden sich die SS-Küche, die Kantine und das Waffendepot. Im Lager I waren die sogenannten »Arbeitsjuden« untergebracht, also diejenigen, die selektiert worden waren und als Schuster, Schneider, Schreiner, Tischler oder in anderen Berufen das gesamte Lager in Gang halten mußten. Im Lager II hatten sich die nichtsahnenden Opfer zu entkleiden und ihr mitgebrachtes Gepäck abzugeben, das anschließend sortiert und für den Transport nach Deutschland gelagert wurde. Im Lager III befanden sich die Gaskammern. Den dort untergebrachten »Arbeitsjuden« war jeglicher Kontakt zu den anderen Gefangenen verboten. Lager IV, das sogenannte »Nordlager«, war eine in Planung befindliche Erweiterung der Anlage, in der sowjetische Kriegsgefangene arbeiteten. Das gesamte Lager war von drei Stacheldrahtzäunen, einem tiefen Graben und einem Minenfeld umgeben. Wachtürme, die mit ukrainischen »Volksdeutschen« besetzt waren, machten einen Fluchtversuch so gut wie aussichtslos. Zu der SS-Mannschaft, die sich zum großen Teil aus Leuten zusammensetzte, die zwischen 1939 und 1941 an der Aktion T4, also an der Ermordung geistig Behinderter in sogenannten »Heilanstalten« wie Hartheim, Hadamar und Kalmenhof beteiligt waren, gehörte auch der sich durch besondere Grausamkeit auszeichnende Frenzel. Heute verbringt er seinen geruhsamen Lebensabend in einem hübschen Reihenhaus in Hannover, zwar schon am Stock gehend, aber immer noch rüstig genug, um damit auf Pavel Kogan einzuschlagen, als der ihm die Frage stellte, ob er wirklich der SS-Mann Frenzel aus Sobibor sei. Nach offiziellen polnischen Schätzungen wurden in Sobibor 250.000 Juden vergast, die meisten davon Polen, aber die Transporte kamen auch aus der Tschechoslowakei, Frankreich, Österreich, den Niederlanden und der Sowjetunion.

Unter den »Arbeitsjuden« in Lager I existierte über längere Zeit, geleitet von Leon Feldhendler, ein geheimes Widerstandskomitee, das einen organisierten Ausbruch plante. Am 23. September 1943 traf eine große Gruppe kriegsgefangener russischer Juden in Sobibor ein. Kurz vorher hatte die SS einen Fluchtplan aufgedeckt, in den einige holländische Juden verwickelt waren, woraufhin alle »Arbeitsjuden« holländischer Nationalität erschossen wurden. Nur dieser »Vergeltungsmaßnahme« hatten es 80 der russischen Kriegsgefangenen zu verdanken, daß sie nicht gleich in die Gaskammern geschickt wurden. Alexander Petsjerski erzählt: »Eine Gruppe von elf deutschen Offizieren mit Peitschen in den Händen kam aus einer weißen Hütte. Ihr Anführer war ein untersetzter, schwergewichtiger Deutscher, Unterscharführer Gomerski, ein ehemaliger Boxer aus Berlin. Er pflanzte sich vor uns auf, musterte uns eindringlich und rief: 'Alle Zimmerleute und Tischler ohne Familie — vortreten!'« Petsjerski, Leutnant der Roten Armee, war keines von beidem, meldete sich aber trotzdem. Er wußte nicht, daß er damit sein Leben rettete. Innerhalb von 22 Tagen machte er sich mit der Situation im Lager vertraut und entwarf einen detaillierten Ausbruchsplan, der vorsah, die ins Lager I und II kommenden SS-Männer einzeln mit Messern und Äxten zu töten und den regulären Anwesenheitsappell zum Massenausbruch zu nutzen. Seine Ausführung am 14. Oktober 1943 gelang jedoch nicht vollständig, denn bevor die in die Aktion eingeweihten Rotarmisten das Waffendepot überfallen konnten, brach bei den übrigen Gefangenen ein Chaos aus. Die ukrainischen »Volksdeutschen« begannen, das Lager mit Maschinengewehren zu beschießen. Immerhin konnten neun SS-Leute umgebracht werden, und von den insgesamt 600 Gefangenen gelang 300 bis 400 die Flucht. Nur 35 erlebten das Ende des Krieges. Den meisten wurde das Minenfeld zum Verhängnis, andere wurden von den Deutschen gefangengenommen und erschossen, von den Bauern in der umliegenden Gegend verraten oder von antisemitisch eingestellten polnischen Partisanen ermordet.

Die Aufführung des Films, in dem er von diesem verzweifelten Versuch berichtet, den nazistischen Mördern in den Arm zu fallen, hat Alexander Sascha Petsjerski nicht mehr erlebt. Er ist vor einigen Jahren gestorben. 1909 unter ärmlichen Verhältnissen in der Ukraine geboren, war er bei Kriegsaus-

»Übriggeblieben ist ein Denkmal, eine Bahnstation und ein Hügel aus Asche«

Fotos: Open Studio Produktie



bruch zum Militär eingezogen worden. Nach seiner Gefangennahme durch die Deutschen hatte er eine wahre Odyssee durch alle möglichen Lager überstanden, bevor er zusammen mit tausend anderen russischen Juden von Minsk nach Sobibor verfrachtet wurde. Dort arbeitete er in Lager IV, bei der Waldrodung, die Platz für neue Baracken schaffen sollte. Nach dem Ausbruch, den er im Auftrag Feldhendlers organisiert hatte, überquerte Petsjerski mit einigen Landsleuten den Bug, traf auf russische Partisanen und später auf reguläre russische Armee-Einheiten. Nach dem Krieg und nach längeren Krankenhausaufenthalten, kehrte Petsjerski nach Rostov am Don zurück und nahm seine alte Arbeit wieder auf.

letztes Mal die Gelegenheit wahr, als Augenzeuge die »Wahrheit« festzuhalten. Kurz darauf stirbt er.

Weil er gelernter Goldschmied war, hatte die SS ein Interesse an der Erhaltung seiner Arbeitskraft. Es gelang ihm, Kontakt zum Todes-Lager II[1] herzustellen und den ukrainischen »Hiwis« (Hilfswilligen) einige Gewehre zu stehlen. Eines davon behielt er, um während des Aufstands einen Wachturm zu beschießen. Er floh mit einer Gruppe von ungefähr hundert Leuten, um sich zum Bug durchzuschlagen. Orientierungslos irrten sie durch die Wälder, gerieten wieder in die Nähe des Lagers, lösten sich in kleinere Gruppen auf, von denen eine schließlich auf polnische Partisanen stieß, die zwölf von ihnen ausraubten und töteten. Nur Szmajzner und zwei seiner Freunde überlebten. Erst als er auf russische Partisanen trifft, weiß er, daß



Treffen der Überlebenden des Aufstands von Sobibor in Rostov am Don

Der zur Zeit der Dreharbeiten 75-jährige kann sich nur noch mühsam fortbewegen. Er erzählt nicht viel, kleine Anekdoten und eine kleine Ansprache vor den Veteranen des Aufstands, die bei ihm zu Hause in einem kleinen Zimmer eng zusammensitzend den Jahrestag des Aufstands feiern und für die in Sobibor Nichtdavongekommenen eine Schweigeminute einlegen. Seine Geschichte hat er oft genug erzählt, immer wieder auch in Schulen, es wurden Bücher und Artikel darüber veröffentlicht, vor der Kamera erzählt er sie nicht noch einmal.

Ganz anders dagegen sein Kampfgefährte Stanislaw Szmajzner, der nach dem Krieg nach Rio de Janeiro ging. Er erzählt abwechselnd auf portugiesisch, deutsch, polnisch und russisch von seinem durch Sobibor geprägten Leben. Er hat ein Buch über den Aufstand verfaßt und war Berater bei der Produktion des amerikanischen Spielfilms »Escape from Sobibor«. Vor der Kamera Lily van den Berghs nimmt er routiniert ein

er es endlich geschafft hat. Es folgt, sagt er, »die beste Zeit in meinem Leben«, denn jetzt kann er Rache nehmen. Bis zum Ende des Krieges jagt Szmajzner Nazis. Danach dient er kurze Zeit in der polnischen Armee und schließt sich dann einer militanten zionistischen Organisation an, die Juden die illegale Einreise nach Palästina ermöglicht. 1947 wandert er selbst nach Palästina aus, von den antisemitischen Polen soweit weg wie nur möglich. Schließlich landet er in Brasilien, wo er bis zu seinem Tod bleibt.

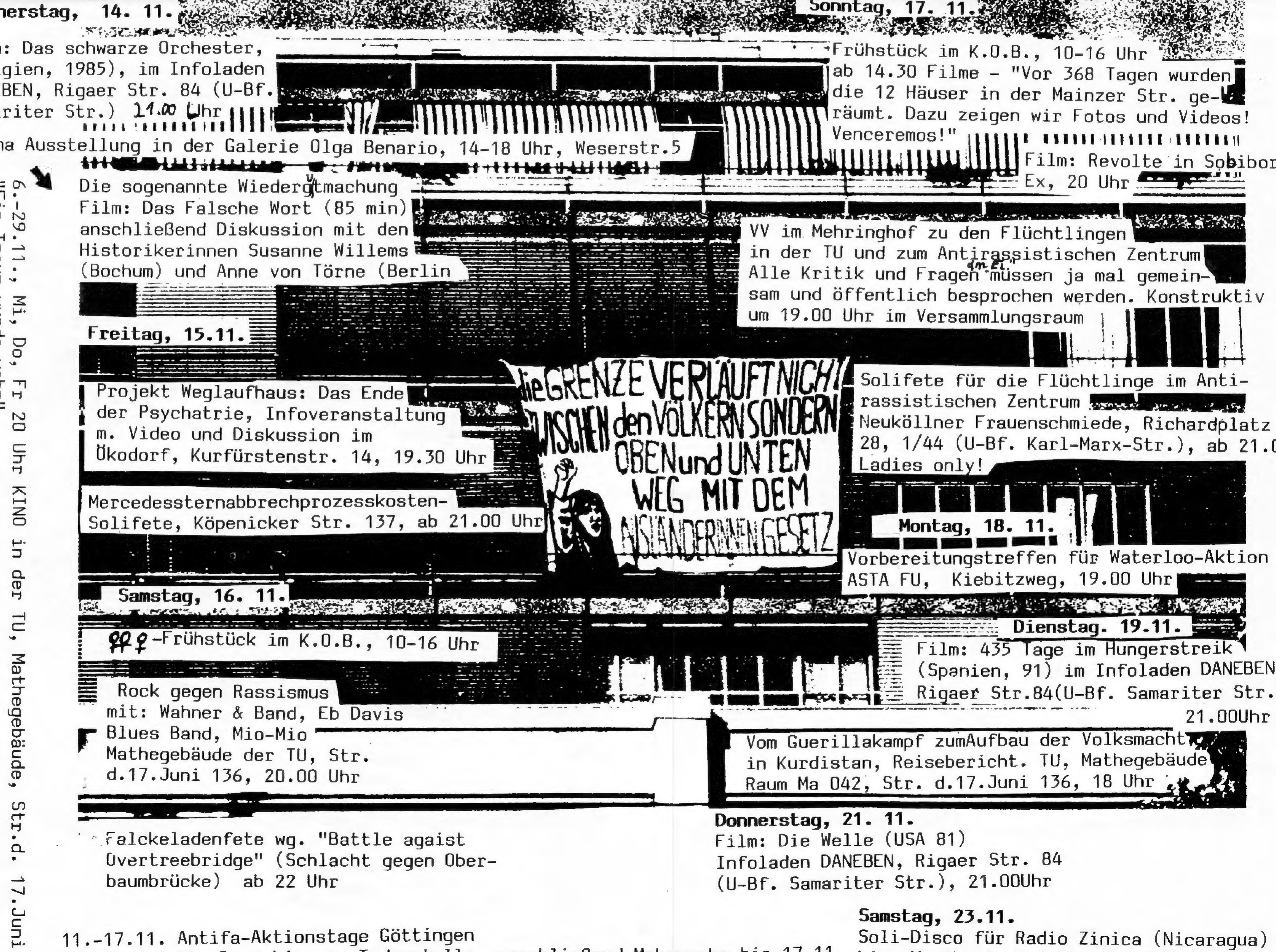
Im Film sieht man Szmajzner nur in seiner Dachgeschoßwohnung und im Auto, wenn er aufs Land zu einem befreundeten Ranchbesitzer fährt oder zu seiner ehemaligen Fabrik. Auf öffentlichen Plätzen, in Cafés oder auf dem Markt, läßt er sich nicht filmen. Das hat einen Grund, der im Film nur angedeutet wird, den zu verheimlichen nach seinem Tod jedoch nicht länger nötig ist. Lily van den Bergh vermutet, daß Szmajzner einer Organisation angehörte, die in Brasilien

nach untergetauchten Nazis fahndete, was nicht ungefährlich war, weil diese über gute Beziehungen zur Polizei verfügten. So hat Szmajzner z.B. den ehemaligen Lagerkommandanten von Sobibor, Franz Stangl, aufgespürt und 1970 seine Auslieferung an die BRD bewirkt, wo er ein Jahr später im Gefängnis starb. Auch einen anderen 'guten Bekannten' hat er in Brasilien wiedergetroffen und identifiziert, den SS-Mann Wagner, der sich durch besondere Brutalität gegenüber den Gefangenen ausgezeichnet hatte. Aufgrund der Angaben Szmajzners wird Wagner verhaftet und begeht im Gefängnis Selbstmord. Während er im Film davon berichtet, kramt Szmajzner ein Zeitungsphoto von der Leiche Wagners hervor, hält es in die Kamera und bittet, sich den blutigen Leichnam genau anzusehen — ein unausgesprochener Hinweis darauf, daß Wagner nicht Selbstmord begangen hat, sondern getötet wurde.

So unwahrscheinlich sich einige der in »Revolt in Sobibor« wiedergegebenen Biographien anhören — die des Samuel Lerer beispielsweise, heute Taxifahrer in New York, der nach Ende des Krieges in Berlin-Kreuzberg den »Vergasungsmeister« aus Sobibor, Erich Bauer, wiedertrifft, oder die des in den Niederlanden lebenden Jules Schelvis, der eine maßstabsgetreue Rekonstruktion des Lagers angefertigt hat, oder die von Regina Zielinski, die in Sobibor die Kleider ihrer Mutter und die Schuhe ihrer Schwester sortieren mußte, Ende 1943 nach Frankfurt floh, als Kindermädchen bei einem Nazi-Direktor arbeitete und heute in Sidney/Australien lebt — so unglaublich all diese Geschichten sind, weder begreifen sich ihre Protagonisten als Helden, noch macht der Film solche aus ihnen. Der Nazi-Terror hat sie aus ihren kleinbürgerlichen, bürgerlichen oder bäuerlichen Verhältnissen gerissen, und daß sie ihm entkamen, verdanken letztlich auch einem »glücklichen« Zufall, dem nämlich, daß die hingerichteten holländischen Juden durch kriegserfahrene Rotarmisten ersetzt wurden, die militärisch geschult waren und zu töten verstanden, und die ihren Mitgefangenen alles andere als einen »Sitzstreik« empfahlen. Das aber macht es unmöglich, die Millionen der in den Gaskammern Ermordeten gegen die Überlebenden von Sobibor oder Warschau auszuspielen.

»Revolt in Sobibor« von Pavel Kogan und Lily van den Bergh wurde als 35 mm Film gedreht, mit englischen Untertiteln, hergestellt von den »Open Studio Producties« und dem »Leningrad Dokumentary Film Studio«. Zu bestellen bei: »Open Studio Producties«, Herengracht 156, NL-1016 BN Amsterdam, Tel. 0031-20-6223661.
Als Video kann der Film ausgeliehen werden bei: Ex Pictoris, Fidicinstr. 40, 1000 Berlin 61, Tel. 030/691 6008. Der Filmverleih wird den Film auch dem Fernsehen anbieten.

Klaus Bittermann



Donnerstag, 14. 11.

Film: Das schwarze Orchester, (Belgien, 1985), im Infoladen DANEBEN, Rigaer Str. 84 (U-Bf. Samariter Str.) 21.00 Uhr

Sinti- und Roma Ausstellung in der Galerie Olga Benario, 14-18 Uhr, Weserstr.5

Die sogenannte Wiedergutmachung
Film: Das Falsche Wort (85 min)
anschließend Diskussion mit den Historikerinnen Susanne Willems (Bochum) und Anne von Törne (Berlin

Freitag, 15.11.

Projekt Weglaufhaus: Das Ende der Psychatrie, Infoveranstaltung m. Video und Diskussion im Ökodorf, Kurfürstenstr. 14, 19.30 Uhr

Mercedessternabbrechprozesskosten-Solifete, Köpenicker Str. 137, ab 21.00 Uhr

Samstag, 16. 11.

♀♀♀-Frühstück im K.O.B., 10-16 Uhr

Rock gegen Rassismus
mit: Wahner & Band, Eb Davis Blues Band, Mio-Mio
Mathegebäude der TU, Str. d.17.Juni 136, 20.00 Uhr

Falckeladenfete wg. "Battle agaist Overtreebridge" (Schlacht gegen Oberbaumbrücke) ab 22 Uhr

Sonntag, 17. 11.

Frühstück im K.O.B., 10-16 Uhr
ab 14.30 Filme - "Vor 368 Tagen wurden die 12 Häuser in der Mainzer Str. geräumt. Dazu zeigen wir Fotos und Videos! Venceremos!"

Film: Revolte in Sobibor
Ex, 20 Uhr

VV im Mehringhof zu den Flüchtlingen in der TU und zum Antirassistischen Zentrum
Alle Kritik und Fragen müssen ja mal gemeinsam und öffentlich besprochen werden. Konstruktiv um 19.00 Uhr im Versammlungsraum

Solifete für die Flüchtlinge im Antirassistischen Zentrum
Neuköllner Frauenschmiede, Richardplatz 28, 1/44 (U-Bf. Karl-Marx-Str.), ab 21.00
Ladies only!

Montag, 18. 11.

Vorbereitungstreffen für Waterloo-Aktion
ASTA FU, Kiebitzweg, 19.00 Uhr

Dienstag. 19.11.

Film: 435 Tage im Hungerstreik (Spanien, 91) im Infoladen DANEBEN, Rigaer Str.84(U-Bf. Samariter Str.) 21.00Uhr

Vom Guerillakampf zumAufbau der Volksmacht in Kurdistan, Reisebericht. TU, Mathegebäude Raum Ma 042, Str. d.17.Juni 136, 18 Uhr

Donnerstag, 21. 11.

Film: Die Welle (USA 81)
Infoladen DANEBEN, Rigaer Str. 84
(U-Bf. Samariter Str.), 21.00Uhr

Samstag, 23.11.

Soli-Disco für Radio Zinica (Nicaragua)
Live-Musik, im K.O.B., ab 21 Uhr

11.-17.11. Antifa-Aktionstage Göttingen
16.11., 18 Uhr Demo bis zur Todesstelle, anschließend Mahnwache bis 17.11.

6.-29.11., Mi, Do, Fr 20 Uhr KINO in der TU, Mathegebäude, Str.d. 17.Juni
"Ein Traum wurde wahr"

Soziale Bewegungen und Sozialismus im 20. Jahrhundert
Internationale Tagung der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jh., Samstag,23.11. 10-20 Uhr,Sonntag, 24.11., 10-17 Uhr
Ort: Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP), Von-Melle-Park 9, 2HH
Hörsaal und Arbeitsräume. Kontakt und Information:Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte d. 20. Jh., Schanzenstr.75-77,2 HH 36, Tel:040/437232

ROCK GEGEN RASSISMUS

WAHNER & Band
Neue deutsche Rocksongs

EB DAVIS BLUESBAND

MIO - MIO
Pop + Rock aus 3 Jahrzehnten

16. Nov. 1991 20 Uhr
MATHEGEBÄUDE DER TU
Str. des 17. Juni 136

EINTRITT FREI

SPENDEN ERBETEN